

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2008 — 3592

[C — 2008/33082]

23. JUNI 2008 — Dekret über Massnahmen im Unterrichtswesen 2008 (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. April 1959 zur Regelung der Leistungen der Aufseher und Studienleiter der staatlichen Einrichtungen für Mittelschul- und technischen Unterricht*

Artikel 1 - In Artikel 2 Absatz 3 des Königlichen Erlasses vom 8. April 1959 zur Regelung der Leistungen der Aufseher und Studienleiter der staatlichen Einrichtungen für Mittelschul- und technischen Unterricht wird der erste Satz durch den folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die nächtliche Anwesenheit zwischen dem Zubettgehen und dem Aufstehen der Schüler wird in einem Umfang von fünf Stunden als Arbeitszeit angerechnet.»

KAPITEL II — *Abänderung des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens*

Art. 2 - Artikel 4 § 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von § 2 sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

In denselben Artikel wird ein § 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 3 - § 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

KAPITEL III — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht*

Art. 3 - Artikel 12 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstpersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Diejenigen, die eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

In denselben Artikel wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

KAPITEL IV — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes

Art. 4 - Artikel 16 Absatz 1 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Art. 16 Absatz 1 Nummer 5 b) desselben Königlichen Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«b) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;».

In denselben Artikel wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 5 - In Artikel 17 Absatz 1 Nummer 3 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dessen das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist,» ersetzt.

Art. 6 - Artikel 39 Absatz 1 Nummer 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Nummer 5 b) desselben Absatzes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«b) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;».

In Nummer 8 desselben Absatzes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit freigestellt ist,» ersetzt.

In denselben Artikel wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 7 - In Kapitel III Abschnitt 3 Unterabschnitt 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird ein Artikel 39bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 39bis - Möglichkeit der Ernennung mit 55 Jahren

Ein Personalmitglied, das in dem betreffenden Kalenderjahr mindestens 55 Jahre alt ist, kann auf seinen Antrag hin und mit dem Einverständnis der Regierung definitiv in eine besetzte Stelle eines Anwerbungsamtes ernannt werden, falls folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Es erfüllt zum Zeitpunkt der Ernennung alle Ernennungsbedingungen;
2. es stellt beim Schulträger bis zum 15. Mai des betreffenden Kalenderjahres einen entsprechenden schriftlichen Antrag;
3. es ist mindestens seit dem 1. September des betreffenden Schuljahres im Dienst;
4. es ist zeitweilig bezeichnet oder für einen unvollständigen Stundenplan definitiv ernannt.»

Art. 8 - In Artikel 40 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge «des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft» durch die Wortfolge «des Urlaubs aus prophylaktischen Gründen, des Zeitraumes, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit freigestellt ist, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, der Gelegenheitsurlaube» ersetzt.

Art. 9 - Artikel 83 Absatz 1 Nummer 6 desselben Königlichen Erlasses wird gestrichen.

Art. 10 - In Artikel 85 Buchstabe a) desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft» durch die Wortfolge «des Urlaubs aus prophylaktischen Gründen, des Zeitraumes, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit freigestellt ist, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, der Gelegenheitsurlaube» ersetzt.

Art. 11 - In Kapitel VII desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 16. Februar 1983, den Erlass der Regierung vom 2. März 1995 und das Dekret vom 26. Juni 2006, wird ein Artikel 91*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 91*bis* - In Abweichung von den Artikeln 78 bis 91 gilt ein Personalmitglied, das in einem Auswahlamt definitiv ernannt ist an einer Schule, die mit einer Schule eines Schulträgers des offiziellen subventionierten oder des freien subventionierten Unterrichtswesens fusioniert oder die von einem vorerwähnten Schulträger übernommen wird, als definitiv ernannt in diesem Amt an einer anderen Schule des Gemeinschaftsunterrichtswesens, falls folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. das betreffende Personalmitglied bekleidet seit mindestens drei Schuljahren ein Beförderungsamts im Rahmen eines Urlaubs zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes;
2. an der Schule, zu der das Personalmitglied wechselt, ist mindestens eine Vollzeitstelle im Anwerbungsamt, das zu dem Auswahlamt führt, in dem das Personalmitglied definitiv ernannt ist, zum Zeitpunkt der Ernennung definitiv offen;
3. das betreffende Personalmitglied stellt bis zum 15. Juni einen entsprechenden schriftlichen Antrag beim Schulträger.

Die neue Zuteilung erfolgt am 1. Juli des Kalenderjahres, in dem die Fusion beziehungsweise die Übernahme stattfindet.»

Art. 12 - Artikel 97 Absatz 1 Nummer 7 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 2. März 1995, wird gestrichen.

Art. 13 - In Kapitel VIII Abschnitt 2 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 27. Mai 1981, den Erlass der Regierung vom 2. März 1995 und das Dekret vom 17. Mai 2004, wird ein Artikel 102*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 102*bis* - Fusioniert eine Grundschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit einer Grundschule eines Schulträgers des offiziellen subventionierten oder des freien subventionierten Unterrichtswesens oder wird sie von einem vorerwähnten Schulträger übernommen, kann der Schulträger des Gemeinschaftsunterrichtswesens ein Personalmitglied in Abweichung von den Artikeln 92 bis 102 definitiv im Amt eines Schulleiters einer Grundschule oder eines Hauptlehrers ernennen, falls folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. das betreffende Personalmitglied erfüllt die in Artikel 97 erwähnten Bedingungen mit Ausnahme der in Nummer 8 aufgeführten Bedingung;
2. es bekleidet seit mindestens drei Schuljahren ein Beförderungsamts im Rahmen eines Urlaubs zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes;
3. zum Zeitpunkt der Ernennung ist eine entsprechende Stelle definitiv offen;
4. das betreffende Personalmitglied stellt bis zum 15. Juni einen entsprechenden schriftlichen Antrag beim Schulträger.

Die in Absatz 1 erwähnte Ernennung erfolgt am 2. Juli des Kalenderjahres, in dem die Fusion bzw. die Übernahme stattfindet.»

Art. 14 - Artikel 106 Absatz 1 Nummer 8 desselben Königlichen Erlasses wird gestrichen.

Art. 15 - Artikel 114 desselben Königlichen Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 114 - Jeder Beförderungsausschuss setzt sich zusammen aus:

1. einem Vorsitzenden, der unter den Beamten oder Vertragsbediensteten der Stufe I des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die im aktiven Dienst oder im Ruhestand sind, ausgewählt wird;
2. zwei Mitgliedern, die unter den Beamten oder Vertragsbediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Stufe I ausgewählt werden;
3. vier Mitgliedern, die unter dem Direktions- und Lehrpersonal des Gemeinschaftsunterrichtswesens, die mindestens Inhaber des zu vergebenden Amtes sind, dem Direktions- und Lehrpersonal der Autonomen Hochschule oder den Mitgliedern der Pädagogischen Inspektion und Beratung ausgewählt werden;
4. drei Mitgliedern, die von den repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen des Gemeinschaftsunterrichtswesens ausgewählt und von ihnen vorgeschlagen werden und mindestens Inhaber des zu vergebenden Amtes sind;
5. einem Sekretär, der unter den Beamten oder den Vertragsbediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgewählt wird.

Für jedes der in Absatz 1 angeführten Mitglieder wird jeweils ein Ersatzmitglied bezeichnet. Der Sekretär hat kein Stimmrecht.

Die Regierung bezeichnet die Mitglieder und die Ersatzmitglieder.»

Art. 16 - Artikel 121*ter* Absatz 1 Nummer 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens, die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

In denselben Artikel wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b*) bis *d*) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 17 - In Artikel 121*nonies* § 1 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird nach der Wortfolge «mit einem finanziellen Dienstalter von 19 Jahren» die Wortfolge «oder mit seinem tatsächlichen finanziellen Dienstalter, wenn dieses mehr als 19 Jahre beträgt,» eingefügt.

Art. 18 - In Artikel 24 § 3 und Artikel 68 § 1 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, und in Artikel 121*undecies* § 2, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird das Wort «zweifacher» durch das Wort «dreifacher» und das Wort «beide» durch die Wortfolge «die drei» ersetzt.

Art. 19 - Artikel 168 Nummer 2 Buchstabe *a*) desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«*a*) eine der in Artikel 16 Absatz 1 Nummer 1 für die zeitweilig bezeichneten Personalmitglieder oder Artikel 39 Absatz 1 Nummer 1 für die definitiv ernannten Personalmitglieder erwähnten Bedingungen;».

KAPITEL V — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

Art. 20 - Artikel 4 § 1 Absatz 1 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Nummer 5 *b*) desselben Absatzes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«*b*) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;».

In denselben Paragraphen wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b*) bis *d*) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 21 - In Artikel 5 § 1 Absatz 1 Nummer 3 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dessen das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist,» ersetzt.

Art. 22 - Artikel 22*sexies* Absatz 1 Nummer 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Nummer 5 *b*) desselben Absatzes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«*b*) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;».

In Nummer 8 desselben Absatzes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Mutterschaftsschutz und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist,» ersetzt.

In denselben Artikel wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b*) bis *d*) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 23 - In Kapitel III Abschnitt 3 Unterabschnitt 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird ein Artikel 22*sexies*1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 22*sexies*1 - Möglichkeit der Ernennung mit 55 Jahren

Ein Personalmitglied, das in dem betreffenden Kalenderjahr mindestens 55 Jahre alt ist, kann auf seinen Antrag hin und mit dem Einverständnis der Regierung definitiv in eine besetzte Stelle eines Anwerbungsamtes ernannt werden, falls folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Es erfüllt zum Zeitpunkt der Ernennung alle Ernennungsbedingungen;
2. es stellt beim Schulträger bis zum 15. Mai des betreffenden Kalenderjahres einen entsprechenden schriftlichen Antrag;
3. es ist mindestens seit dem 1. September des betreffenden Schuljahres im Dienst;
4. es ist zeitweilig bezeichnet oder für einen unvollständigen Stundenplan definitiv ernannt.»

Art. 24 - In Artikel 22*septies* Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge «des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft» durch die Wortfolge «des Urlaubs aus prophylaktischen Gründen, des Zeitraumes, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, der Gelegenheitsurlaube» ersetzt.

Art. 25 - In Artikel 12 § 3 und 29 § 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird das Wort «zweifacher» durch das Wort «dreifacher» und das Wort «beide» durch die Wortfolge «die drei» ersetzt.

Art. 26 - In Kapitel IX Abschnitt 4 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 14. November 1978 und vom 1. August 1984, wird ein Artikel 47*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 47*bis* - § 1 - Im Grund- und Sekundarschulwesen werden Lehrer für Religion, die im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wegen Stellenmangels zur Disposition stehen, vorübergehend im offiziellen oder im freien subventionierten Unterrichtswesen wieder in den Dienst einberufen beziehungsweise als Lehrer für Religion in einer anderen Schulebene wiederbeschäftigt, es sei denn, die betreffenden Personalmitglieder verzichten auf das entsprechende Wartegehalt.

Im Grund- und Sekundarschulwesen werden Lehrer für Religion, die im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft definitiv ernannt sind und denen nicht zumindest die Zahl der Unterrichtsstunden zugewiesen werden kann, für die sie ernannt sind, vorübergehend im offiziellen oder im freien subventionierten Unterrichtswesen vorrangig auf jede zeitweilige Bezeichnung und jede definitive Ernennung für den Umfang des Stundenverlusts als Lehrer für Religion in derselben oder einer anderen Schulebene beschäftigt, es sei denn, die betreffenden Personalmitglieder verzichten auf das entsprechende Wartegehalt.

§ 2 - Im Grund- und Sekundarschulwesen werden Lehrer für Religion, die ganz oder teilweise bei einem Träger des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens wegen Stellenmangels zur Disposition stehen, vorübergehend im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder im freien subventionierten Unterrichtswesen wieder in den Dienst einberufen beziehungsweise als Lehrer für Religion in einer anderen Schulebene wiederbeschäftigt, es sei denn, die betreffenden Personalmitglieder verzichten auf die entsprechende Wartegehaltssubvention.

§ 3 - Im Grund- und Sekundarschulwesen werden Lehrer für Religion, die ganz oder teilweise bei einem Träger des freien subventionierten Unterrichtswesens wegen Stellenmangels zur Disposition stehen, vorübergehend im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen wieder in den Dienst einberufen beziehungsweise als Lehrer für Religion in einer anderen Schulebene wiederbeschäftigt, es sei denn, die betreffenden Personalmitglieder verzichten auf die entsprechende Wartegehaltssubvention.

§ 4 - Eine Wiedereinberufung in den Dienst oder eine Wiederbeschäftigung vom Regel- zum Sonderschulwesen in den in den §§ 1 bis 3 festgelegten Fällen ist nur mit dem Einverständnis des betroffenen Personalmitgliedes möglich.

§ 5 - Bevor die in den §§ 1 bis 3 erwähnte Wiedereinberufung in den Dienst, Wiederbeschäftigung oder Stundenplanergänzung erfolgt, erteilen die betroffenen Reaffektierungskommissionen ein Gutachten gemäß den gesetzlich und verordnungsrechtlich vorgesehenen Bestimmungen.

§ 6 - Vorliegender Artikel gilt unbeschadet der Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen.»

Art. 27 - Artikel 48 desselben Königlichen Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 48 - Der Artikel 168 Nrn. 1, 2, 3, 4, 7 und 8 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, Technischen, Kunst und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes findet Anwendung auf die in Artikel 1 erwähnten Personalmitglieder.»

KAPITEL VI — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen*

Art. 28 - In der Tabelle in Artikel 11 des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 17. Mai 2004, werden die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise der Gruppe B gestrichen.

KAPITEL VII — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittelschul- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Postsekundarschuljahr einbegriffen*

Art. 29 - In der Tabelle in Artikel 11 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittelschul- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Postsekundarschuljahr einbegriffen, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 31. August 2000, werden die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise der Gruppe B gestrichen.

KAPITEL VIII — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittelschul- und Normalschulwesens erteilt wird*

Art. 30 - In der Tabelle in Artikel 11 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittelschul- und Normalschulwesens erteilt wird, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 31. August 2000, werden die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise der Gruppe B gestrichen.

KAPITEL IX — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel in den subventionierten Unterrichtsanstalten des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens*

Art. 31 - In der Tabelle in Artikel 11 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel in den subventionierten Unterrichtsanstalten des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 31. August 2000, werden die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise der Gruppe B gestrichen.

KAPITEL X — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen*

Art. 32 - In den Königlichen Erlass vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen wird ein Artikel 7bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 7bis - § 1 - Im Grund- und Sekundarschulwesen werden Lehrer für Religion, die im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wegen Stellenmangels zur Disposition stehen, vorübergehend im offiziellen oder im freien subventionierten Unterrichtswesen wieder in den Dienst einberufen beziehungsweise als Lehrer für Religion in einer anderen Schulebene wiederbeschäftigt, es sei denn, die betreffenden Personalmitglieder verzichten auf das entsprechende Wartegehalt.

Im Grund- und Sekundarschulwesen werden Lehrer für Religion, die im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft definitiv ernannt sind und denen nicht zumindest die Zahl der Unterrichtsstunden zugewiesen werden kann, für die sie ernannt sind, vorübergehend im offiziellen oder im freien subventionierten Unterrichtswesen vorrangig auf jede zeitweilige Bezeichnung und jede definitive Ernennung für den Umfang des Stundenverlusts als Lehrer für Religion in derselben oder einer anderen Schulebene beschäftigt, es sei denn, die betreffenden Personalmitglieder verzichten auf das entsprechende Wartegehalt.

§ 2 - Im Grund- und Sekundarschulwesen werden Lehrer für Religion, die ganz oder teilweise bei einem Träger des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens wegen Stellenmangels zur Disposition stehen, vorübergehend im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder im freien subventionierten Unterrichtswesen wieder in den Dienst einberufen beziehungsweise als Lehrer für Religion in einer anderen Schulebene wiederbeschäftigt, es sei denn, die betreffenden Personalmitglieder verzichten auf die entsprechende Wartegehaltssubvention.

§ 3 - Im Grund- und Sekundarschulwesen werden Lehrer für Religion, die ganz oder teilweise bei einem Träger des freien subventionierten Unterrichtswesens wegen Stellenmangels zur Disposition stehen, vorübergehend im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen wieder in den Dienst einberufen beziehungsweise als Lehrer für Religion in einer anderen Schulebene wiederbeschäftigt, es sei denn, die betreffenden Personalmitglieder verzichten auf die entsprechende Wartegehaltssubvention.

§ 4 - Eine Wiedereinberufung in den Dienst oder eine Wiederbeschäftigung vom Regel- zum Sonderschulwesen in den in den §§ 1 bis 3 festgelegten Fällen ist nur mit dem Einverständnis des betroffenen Personalmitgliedes möglich.

§ 5 - Bevor die in den §§ 1 bis 3 erwähnte Wiedereinberufung in den Dienst, Wiederbeschäftigung oder Stundenplanergänzung erfolgt, erteilen die betroffenen Reaffektierungskommissionen ein Gutachten gemäß den gesetzlich und verordnungsrechtlich vorgesehenen Bestimmungen.

§ 6 - Vorliegender Artikel gilt unbeschadet der anderen Bestimmungen, die im vorliegenden Erlass vorgesehen sind.»

KAPITEL XI — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der Staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-medizinisch-sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste*

Art. 33 - Artikel 12 Absatz 1 Nummer 1 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Nummer 5 b) desselben Absatzes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«b) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;».

In denselben Artikel wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 34 - In Artikel 13 § 1 Absatz 1 Nummer 3 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dessen das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist,» ersetzt.

Art. 35 - Artikel 30 Absatz 1 Nummer 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Nummer 5 b) desselben Absatzes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«b) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;».

In Nummer 8 desselben Absatzes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Mutterschaftsschutz und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist,» ersetzt.

In denselben Artikel wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 36 - In Kapitel III Abschnitt 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird ein Artikel 30bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 30bis - Möglichkeit der Ernennung mit 55 Jahren

Ein Personalmitglied, das in dem betreffenden Kalenderjahr mindestens 55 Jahre alt ist, kann auf seinen Antrag hin und mit dem Einverständnis der Regierung definitiv in eine besetzte Stelle eines Anwerbsamtes ernannt werden, falls folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Es erfüllt zum Zeitpunkt der Ernennung alle Ernennungsbedingungen;
2. es stellt beim Schulträger bis zum 15. Mai des betreffenden Kalenderjahres einen entsprechenden schriftlichen Antrag;
3. es ist mindestens seit dem 1. September des betreffenden Schuljahres im Dienst;
4. es ist zeitweilig bezeichnet oder für einen unvollständigen Stundenplan definitiv ernannt.»

Art. 37 - In Artikel 31 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge «des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft» durch die Wortfolge «des Urlaubs aus prophylaktischen Gründen, des Zeitraumes, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, der Gelegenheitsurlaube» ersetzt.

Art. 38 - In Artikel 21 § 3 und 56 § 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird das Wort «zweifacher» durch das Wort «dreifacher» und das Wort «beide» durch die Wortfolge «die drei» ersetzt.

Art. 39 - In Artikel 73 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft» durch die Wortfolge «des Urlaubs aus prophylaktischen Gründen, des Zeitraumes, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, der Gelegenheitsurlaube» ersetzt.

Art. 40 - In Artikel 87 § 1 Nummer 2 und § 2 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft» durch die Wortfolge «des Urlaubs aus prophylaktischen Gründen, des Zeitraumes, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, der Gelegenheitsurlaube» ersetzt.

Art. 41 - Artikel 196 Nummer 1 Buchstabe *a*) desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«*a*) eine der in Artikel 12 Absatz 1 Nummer 1 für die zeitweilig bezeichneten Personalmitglieder oder Artikel 30 Absatz 1 Nummer 1 für die definitiv ernannten Personalmitglieder erwähnten Bedingungen;».

KAPITEL XII — *Abänderung des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder des Teilzeitunterrichts Anwendung finden*

Art. 42 - Artikel 10 § 6 Absatz 3 des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder des Teilzeitunterrichts Anwendung finden, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2001, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Das Gehalt oder die Gehaltssubvention, angeführt in Absatz 1, werden nur gewährt, wenn der Träger das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft schriftlich darüber unterrichtet hat, dass kein qualifiziertes Personalmitglied gefunden wurde, das diese Stelle hauptamtlich besetzen kann.»

KAPITEL XIII — *Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden*

Art. 43 - Artikel 53ter Absatz 1 des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Während der Schuljahre 2004-2005 bis einschließlich 2008-2009 wird zu dem in Artikel 5ter erwirtschafteten Stundenkapital zusätzliches Stundenkapital für die Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Regelgrundschulwesen gewährt.»

KAPITEL XIV — *Abänderung des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die Allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für Regelschulen*

Art. 44 - In Artikel 24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Die Regierung kann in Abweichung des vorhergehenden Absatzes beschließen, dass die Erziehungsberechtigten im Falle einer Übernahme einer Schule durch einen anderen Schulträger ebenfalls einen Anspruch haben auf anteilige Kostenerstattung der Schülerbeförderung zu der übernommenen Schule, die nicht die nächstgelegene Schule freier Wahl ist, unter der Bedingung, dass die betreffende Schule vor der Übernahme die nächstgelegene Schule freier Wahl darstellte. Bei den vorerwähnten Erziehungsberechtigten handelt es sich um die Erziehungsberechtigten von Schülern, die die betreffende Schule bereits zum Zeitpunkt der Übernahme besuchen, oder von deren Geschwistern.»

Art. 45 - In Artikel 34 Absatz 2 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 1999, wird das Wort «dritten» durch das Wort «letzten» ersetzt.

In Artikel 34 Absatz 3 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 23. Oktober 2000, wird die Wortfolge «nach dem dritten Arbeitstag vor Beginn» durch das Wort «während» ersetzt.

KAPITEL XV — *Abänderung des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums*

Art. 46 - Artikel 33 Absatz 1 Nummer 1 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Nummer 5 desselben Absatzes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«5. Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sein, der dem zu vergebenden Amt entspricht, oder in drei Schuljahren eine in Artikel 33bis Absätze 2 und 3 vorgesehene Abweichung für das zu vergebende Amt erhalten haben, wobei folgende Bedingungen zu erfüllen sind:

a) zwischen der ersten und der dritten Abweichung liegen nicht mehr als fünf Schuljahre;

b) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;

c) der Beurteilungsbericht, der sich auf die dritte Abweichung bezieht, schließt mindestens mit dem Vermerk «ausreichend»;

d) falls es sich um ein Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals handelt, muss dieses über eine Lehrbefähigung verfügen, die auf der Grundlage einer Ausbildung gewährt wird, deren wesentliche Elemente die Regierung dem Parlament zwecks Billigung vorlegt.»

Nummer 8 desselben Absatzes wird gestrichen.

In denselben Artikel wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 47 - In Artikel 33bis desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, werden neue Absätze 2, 3 und 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Wird die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung von keinem Bewerber erfüllt, kann der Schulträger in Abweichung von Artikel 33 einen Bewerber zeitweilig einstellen, der nicht Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises der Gruppe A ist, die für das zu vergebende Amt festgelegt wurden.

Von der in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 erwähnten Bedingung kann der Schulträger abweichen, wenn es sich um ein Personalmitglied handelt, das einen Befähigungsnachweis besitzt, bei dem es sich um einen erforderlichen Befähigungsnachweis oder um einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A handeln würde, wenn das Personalmitglied über die Lehrbefähigung in Zusammenhang mit dem zu vergebenden Amt verfügen würde. Diese Abweichungsmöglichkeit gilt für den Zeitraum von drei aufeinanderfolgenden Schuljahren, gerechnet ab dem 1. September des Schuljahres der ersten Bezeichnung. Unbeschadet von Absatz 1 darf diese Abweichungsmöglichkeit bei der ersten Bezeichnung eines Personalmitgliedes in dem betreffenden Amt nicht zur Anwendung kommen, wenn Bewerber über den erforderlichen Befähigungsnachweis verfügen.

Wird ein Personalmitglied gemäß Absatz 2 für eine Dauer von mindestens 15 Wochen eingestellt, lässt der Träger dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine schriftliche Erklärung zukommen, aus der hervorgeht, dass kein qualifiziertes Personalmitglied gefunden wurde, das alle Bedingungen erfüllt, um eingestellt zu werden.»

Art. 48 - In Kapitel III Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 desselben Dekretes wird ein Artikel *33ter* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *33ter* - Außer für den Fall, dass Artikel *33bis* Absatz 3 zur Anwendung gekommen ist, kann ein Personalmitglied, das die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 und 7 angeführten Bedingungen erfüllt und sich beim Schulträger für eine Stelle in dem betreffenden Amt beworben hat, Beschwerde einlegen gegen die Einstellung eines anderen Personalmitgliedes für einen Zeitraum von mindestens 15 Wochen, das die vorerwähnten Bedingungen nicht erfüllt.

Die Beschwerde erfolgt per Einschreiben an den Schulträger und enthält einen Beleg, dass der Beschwerdeführer sich für das betreffende Amt beworben hat.

Falls der Schulträger und der Beschwerdeführer keine einvernehmliche Lösung finden, verfügt letzterer über eine Frist von 60 Kalendertagen, um bei der Regierung per Einschreiben Beschwerde einzulegen. Die Frist von 60 Kalendertagen beginnt an dem Tag, an dem der Beschwerdeführer tatsächlich von der Einstellung Kenntnis genommen hat und insofern dieses Datum innerhalb des Schuljahres der Einstellung fällt. Jegliche Beschwerde außerhalb dieser Frist ist nicht zulässig.

Nach Erhalt der Beschwerde fordert die Regierung unverzüglich beim Schulträger die schriftliche Begründung zur beanstandeten Einstellung an. Der Schulträger verfügt über eine Frist von 14 Kalendertagen, um der Regierung diese Begründung zuzustellen. Sie beginnt am Tag des Versands des Ersuchens um schriftliche Begründung. Das Datum des Poststempels ist maßgebend. Falls der Schulträger diese Begründung nicht zustellt, verliert er das Recht auf Gehaltssubvention für das Personalmitglied, gegen dessen Einstellung Beschwerde eingelegt worden ist, und dies ab dem ersten Tag des Monats, der dem Verstreichen der 14-tägigen Frist folgt.

Nach Erhalt der Antwort des betreffenden Schulträgers prüft die Regierung, ob die Einstellung den Bestimmungen des vorliegenden Dekretes entspricht und entsprechend begründet wurde.

Kommt die Regierung zu dem Schluss, dass kein Verstoß gegen die vorerwähnten Bestimmungen erfolgt ist und eine Begründung vorliegt, werden der Beschwerdeführer und der Schulträger hiervon unmittelbar per Einschreiben in Kenntnis gesetzt.

Kommt die Regierung zu dem Schluss, dass ein Verstoß gegen die vorerwähnten Bestimmungen erfolgt ist oder keine Begründung vorliegt, verliert der Schulträger das Recht auf Gehaltssubvention für das Personalmitglied, das unrechtmäßig eingestellt wurde, und zwar ab dem ersten Tag des Monats, der der Mitteilung dieser Regierungsentcheidung folgt. Diese Entscheidung wird sowohl dem Beschwerdeführer als auch dem Schulträger per Einschreiben mitgeteilt.

Da die Einstellung eines Personalmitgliedes, das die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung nicht erfüllt, auf das jeweils laufende Schuljahr begrenzt ist, endet jegliche Beschwerde von Rechts wegen am 30. Juni des betreffenden Schuljahres.»

Art. 49 - Artikel 35 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«2. Er erfüllt die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 angeführten Bedingungen.»

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dessen das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist,» ersetzt.

3. § 1 Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Einem Bewerber, der Dienstage in einem anderen Amt der betreffenden Kategorie geleistet hat, für das er den erforderlichen Befähigungsnachweis oder einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A besitzt, werden diese Dienstage den in Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Tagen, die zur Ermittlung des Vorrangs berücksichtigt werden, hinzugerechnet, vorausgesetzt, er weist mindestens 360 Dienstage in dem Amt auf, für das er sich bewirbt.»

Art. 50 - Artikel 49 § 1 Nummer 1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Nummer 5 desselben Absatzes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«5. Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sein, der dem zu vergebenden Amt entspricht, oder in drei Schuljahren eine in Artikel *33bis* Absätze 2 und 3 vorgesehene Abweichung für das zu vergebende Amt erhalten haben, wobei folgende Bedingungen zu erfüllen sind:

a) zwischen der ersten und der dritten Abweichung liegen nicht mehr als fünf Schuljahre;

b) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;

c) der Beurteilungsbericht, der sich auf die dritte Abweichung bezieht, schließt mindestens mit dem Vermerk «ausreichend»;

d) falls es sich um ein Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals handelt, muss dieses über eine Lehrbefähigung verfügen, die auf der Grundlage einer Ausbildung gewährt wird, deren wesentliche Elemente die Regierung dem Parlament zwecks Billigung vorlegt.»

In Nummer 8 desselben Paragraphen wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Mutterschaftsschutz und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist,» ersetzt.

In denselben Paragraphen wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Einem definitiv eingestellten Personalmitglied, das Dienstage in einem anderen Amt der betreffenden Kategorie geleistet hat, für das es den erforderlichen Befähigungsnachweis oder einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A besitzt, werden diese Dienstage den in Absatz 1 Nummer 8 erwähnten Tagen hinzugerechnet, vorausgesetzt, es weist mindestens 360 Dienstage in dem Amt auf, in dem es sich einstellen lassen möchte.»

In denselben Paragraphen wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b*) bis *d*) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 51 - In Kapitel III Abschnitt 3 desselben Dekretes wird ein Artikel 49*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 49*bis* - Möglichkeit der Einstellung mit 55 Jahren

Ein Personalmitglied, das in dem betreffenden Kalenderjahr mindestens 55 Jahre alt ist, kann auf seinen Antrag hin und mit dem Einverständnis der Regierung definitiv in eine besetzte Stelle eines Anwerbungsamtes eingestellt werden, falls folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Es erfüllt zum Zeitpunkt der Ernennung alle Ernennungsbedingungen;
2. es stellt beim Schulträger bis zum 15. Mai des betreffenden Kalenderjahres einen entsprechenden schriftlichen Antrag;
3. es ist mindestens seit dem 1. September des betreffenden Schuljahres im Dienst;
4. es ist zeitweilig eingestellt oder für einen unvollständigen Stundenplan definitiv ernannt.»

Art. 52 - In Artikel 55 § 1 Nummer 2 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge «des Aufnahmeurlaubs wegen Adoption oder Vormundschaft» durch die Wortfolge «des Urlaubs aus prophylaktischen Gründen, des Zeitraumes, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, der Gelegenheitsurlaube» ersetzt.

Art. 53 - Artikel 69.2 Nummer 1 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

In denselben Artikel wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b*) bis *d*) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 54 - In Artikel 69.8 § 1 Absatz 1 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird nach der Wortfolge «mit einem finanziellen Dienstalter von 19 Jahren» die Wortfolge «oder mit seinem tatsächlichen finanziellen Dienstalter, wenn dieses mehr als 19 Jahre beträgt,» eingefügt.

Art. 55 - In Artikel 39*bis* § 3 und 69.10 § 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, sowie in Artikel 69.16 § 1 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird das Wort «zweifacher» durch das Wort «dreifacher» und das Wort «beide» durch die Wortfolge «die drei» ersetzt.

Art. 56 - Artikel 79 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«*a*) eine der in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 1 für die zeitweilig bezeichneten Personalmitglieder oder eine der in Artikel 49 § 1 Nummer 1 für die definitiv ernannten Personalmitglieder erwähnten Bedingungen;».

Art. 57 - Artikel 119 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 119 - Diplomabweichungen, die Personalmitgliedern in den Schuljahren 2006-2007 und/oder 2007-2008 aufgrund der zu diesem Zeitpunkt gültigen Abweichungsbestimmungen gewährt worden sind, werden als Diplomabweichungen gemäß Artikel 33*bis* betrachtet. Die betreffenden Personalmitglieder brauchen die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 erwähnte Lehrbefähigung nicht zu erwerben.»

KAPITEL XVI — *Abänderung des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen*

Art. 58 - Artikel 9 § 1 Absatz 2 Nummer 1 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird durch die Wortfolge «auf der Grundlage eines Arbeitsvertrages mit einer Mindestdauer von 6 Monaten» ergänzt.

Im selben Absatz Nummer 2, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird die Wortfolge «in einer Schule» durch die Wortfolge «in derselben Schule» ersetzt.

Art. 59 - Artikel 40 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. sie darf nicht zur Folge haben, dass die am Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Dekretes bestehende Anzahl Schulen oder Niederlassungen sich erhöht, es sei denn, die Regierung erteilt ihr Einverständnis;».

Absatz 2 und 3 desselben Artikels werden aufgehoben.

KAPITEL XVII — *Abänderung des Dekretes vom 30. Juni 2003 über Massnahmen im Unterrichtswesen 2003*

Art. 60 - In Artikel 2 des Dekretes vom 30. Juni 2003 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003 wird ein § 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 3 - In Abweichung von § 1 wird die in § 1 Absatz 1 angeführte Zeitspanne auf ein Schuljahr reduziert, wenn es sich um ein Personalmitglied handelt, das in einem Beförderungsamts definitiv ernannt ist.»

KAPITEL XVIII — *Abänderung des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren*

Art. 61 - Artikel 20 § 1 Nummer 1 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Im selben Paragraphen wird Nummer 5 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«5. Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sein, der dem zu vergebenden Amt entspricht, oder in drei Schuljahren eine in Artikel 20bis Absätze 2 und 3 vorgesehene Abweichung für das zu vergebende Amt erhalten haben, wobei folgende Bedingungen zu erfüllen sind:

a) zwischen der ersten und der dritten Abweichung liegen nicht mehr als fünf Schuljahre;

b) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;

c) der Beurteilungsbericht, der sich auf die dritte Abweichung bezieht, schließt mindestens mit dem Vermerk «ausreichend»;

d) falls es sich um ein Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals handelt, muss dieses über eine Lehrbefähigung verfügen, die auf der Grundlage einer Ausbildung gewährt wird, deren wesentliche Elemente die Regierung dem Parlament zwecks Billigung vorlegt.»

In denselben Paragraphen wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 62 - § 1 - In Artikel 20bis Absatz 1 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 wird nach der Wortfolge «Artikel 20» die Wortfolge «§ 1» eingefügt.

§ 2 - In denselben Artikel werden neue Absätze 2, 3 und 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Wird die in Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung von keinem Bewerber erfüllt, kann der Schulträger in Abweichung von Artikel 20 einen Bewerber zeitweilig bezeichnen, der nicht Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises der Gruppe A ist, die für das zu vergebende Amt festgelegt wurden.

Von der in Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 erwähnten Bedingung kann der Schulträger abweichen, wenn es sich um ein Personalmitglied handelt, das einen Befähigungsnachweis besitzt, bei dem es sich um einen erforderlichen Befähigungsnachweis oder um einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A handeln würde, wenn das Personalmitglied über die Lehrbefähigung in Zusammenhang mit dem zu vergebenden Amt verfügen würde. Diese Abweichungsmöglichkeit gilt für den Zeitraum von drei aufeinanderfolgenden Schuljahren, gerechnet ab dem 1. September des Schuljahres der ersten Bezeichnung. Unbeschadet von Absatz 1 darf diese Abweichungsmöglichkeit bei der ersten Bezeichnung eines Personalmitgliedes in dem betreffenden Amt nicht zur Anwendung kommen, wenn Bewerber über den erforderlichen Befähigungsnachweis verfügen.

Wird ein Personalmitglied gemäß Absatz 2 für eine Dauer von mindestens 15 Wochen bezeichnet, lässt der Träger dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine schriftliche Erklärung zukommen, aus der hervorgeht, dass kein qualifiziertes Personalmitglied gefunden wurde, das alle Bedingungen erfüllt, um bezeichnet zu werden.»

Art. 63 - In Kapitel III Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 desselben Dekretes wird ein Artikel 20^{ter} mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 20^{ter} - Beschwerdeverfahren

Außer für den Fall, dass Artikel 20^{bis} Absatz 3 zur Anwendung gekommen ist, kann ein Personalmitglied, das die in Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 und 7 angeführten Bedingungen erfüllt und sich beim Schulträger für eine Stelle in dem betreffenden Amt beworben hat, Beschwerde einlegen gegen die Einstellung eines anderen Personalmitgliedes für einen Zeitraum von mindestens 15 Wochen, das die vorerwähnten Bedingungen nicht erfüllt.

Die Beschwerde erfolgt per Einschreiben an den Schulträger und enthält einen Beleg, dass der Beschwerdeführer sich für das betreffende Amt beworben hat.

Falls der Schulträger und der Beschwerdeführer keine einvernehmliche Lösung finden, verfügt letzterer über eine Frist von 60 Kalendertagen, um bei der Regierung per Einschreiben Beschwerde einzulegen. Die Frist von 60 Kalendertagen beginnt an dem Tag, an dem der Beschwerdeführer tatsächlich von der Einstellung Kenntnis genommen hat und insofern dieses Datum innerhalb des Schuljahres der Einstellung fällt. Jegliche Beschwerde außerhalb dieser Frist ist nicht zulässig.

Nach Erhalt der Beschwerde fordert die Regierung unverzüglich beim Schulträger die schriftliche Begründung zur beanstandeten Einstellung an. Der Schulträger verfügt über eine Frist von 14 Kalendertagen, um der Regierung diese Begründung zuzustellen. Sie beginnt am Tag des Versands des Ersuchens um schriftliche Begründung. Das Datum des Poststempels ist maßgebend. Falls der Schulträger diese Begründung nicht zustellt, verliert er das Recht auf Gehaltssubvention für das Personalmitglied, gegen dessen Einstellung Beschwerde eingelegt worden ist, und zwar ab dem ersten Tag des Monats, der dem Verstreichen der 14-tägigen Frist folgt.

Nach Erhalt der Antwort des betreffenden Schulträgers prüft die Regierung, ob die Einstellung den Bestimmungen des vorliegenden Dekretes entspricht und entsprechend begründet wurde.

Kommt die Regierung zu dem Schluss, dass kein Verstoß gegen die vorerwähnten Bestimmungen erfolgt ist und eine Begründung vorliegt, werden der Beschwerdeführer und der Schulträger hiervon unmittelbar per Einschreiben in Kenntnis gesetzt.

Kommt die Regierung zu dem Schluss, dass ein Verstoß gegen die vorerwähnten Bestimmungen erfolgt ist oder keine Begründung vorliegt, verliert der Schulträger das Recht auf Gehaltssubvention für das Personalmitglied, das unrechtmäßig eingestellt wurde, und zwar ab dem ersten Tag des Monats, der der Mitteilung dieser Regierungsentscheidung folgt. Diese Entscheidung wird sowohl dem Beschwerdeführer als auch dem Schulträger per Einschreiben mitgeteilt.

Da die Einstellung eines Personalmitgliedes, das die in Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung nicht erfüllt, auf das jeweils laufende Schuljahr begrenzt ist, endet jegliche Beschwerde von Rechtswegen am 30. Juni des betreffenden Schuljahres.»

Art. 64 - Artikel 22 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«2. Er erfüllt die in Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 angeführten Bedingungen.»

2. In Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dessen das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist,» ersetzt.

3. Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Einem Bewerber, der Dienstage in einem anderen Amt der betreffenden Kategorie geleistet hat, für das er den erforderlichen Befähigungsnachweis oder einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A besitzt, werden diese Dienstage den in Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Tagen, die zur Ermittlung des Vorrangs berücksichtigt werden, hinzugerechnet, vorausgesetzt, er weist mindestens 360 Dienstage in dem Amt auf, für das er sich bewirbt.»

Art. 65 - Artikel 36 Absatz 3 desselben Dekretes wird gestrichen.

Art. 66 - Artikel 37 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Im selben Absatz wird Nummer 5 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«5. Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sein, der dem zu vergebenden Amt entspricht, oder in drei Schuljahren eine in Artikel 20^{bis} Absätze 2 und 3 vorgesehene Abweichung für das zu vergebende Amt erhalten haben, wobei folgende Bedingungen zu erfüllen sind:

a) zwischen der ersten und der dritten Abweichung liegen nicht mehr als fünf Schuljahre;

b) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;

c) der Beurteilungsbericht, der sich auf die dritte Abweichung bezieht, schließt mindestens mit dem Vermerk «ausreichend»;

d) falls es sich um ein Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals handelt, muss dieses über eine Lehrbefähigung verfügen, die auf der Grundlage einer Ausbildung gewährt wird, deren wesentliche Elemente die Regierung dem Parlament zwecks Billigung vorlegt.»

In Nummer 8 desselben Absatzes, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Mutterschaftsschutz und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist,» ersetzt.

In denselben Artikel, wird nach Absatz 1 ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Einem definitiv ernannten Personalmitglied, das Dienstage in einem anderen Amt der betreffenden Kategorie geleistet hat, für das es den erforderlichen Befähigungsnachweis oder einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A besitzt, werden diese Dienstage den in Absatz 1 Nummer 8 erwähnten Tagen hinzugerechnet, vorausgesetzt, es weist mindestens 360 Dienstage in dem Amt auf, in dem es sich ernennen lassen möchte.»

In denselben Artikel wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben *b*) bis *d*) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 67 - In Kapitel III Abschnitt 3 desselben Dekretes wird ein Artikel 37*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 37*bis* - Möglichkeit der Ernennung mit 55 Jahren

Ein Personalmitglied, das in dem betreffenden Kalenderjahr mindestens 55 Jahre alt ist, kann auf seinen Antrag hin und mit dem Einverständnis der Regierung definitiv in eine besetzte Stelle eines Anwerbsamtes ernannt werden, falls folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Es erfüllt zum Zeitpunkt der Ernennung alle Ernennungsbedingungen;
2. es stellt beim Schulträger bis zum 15. Mai des betreffenden Kalenderjahres einen entsprechenden schriftlichen Antrag;
3. es ist mindestens seit dem 1. September des betreffenden Schuljahres im Dienst;
4. es ist zeitweilig bezeichnet oder für einen unvollständigen Stundenplan definitiv ernannt.»

Art. 68 - In Artikel 48 § 1 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge «des Aufnahmeurlaubs wegen Adoption oder Vormundschaft» durch die folgende Wortfolge «des Urlaubs aus prophylaktischen Gründen, des Zeitraumes, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, der Gelegenheitsurlaube» ersetzt.

Art. 69 - In Artikel 62 desselben Dekretes wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Die gemäß Artikel 69 erbrachten Dienste gelten als im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 erbracht.»

Art. 70 - In Artikel 28 § 3 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, und in Artikel 67 § 1 desselben Dekretes wird das Wort «zweifacher» durch das Wort «dreifacher» und das Wort «beide» durch die Wortfolge «die drei» ersetzt.

Art. 71 - Artikel 69 § 1 Absatz 2 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die Dienste, die von den in Absatz 1 erwähnten Personalmitgliedern vor der Übernahme geleistet worden sind, sowie die Dienste der Personalmitglieder, die am 30. Juni des Schuljahres, das in dem Kalenderjahr endet, in dem die Übernahme erfolgt, seit mindestens drei Monaten beim abgebenden Träger in der betreffenden Unterrichtseinrichtung bezeichnet worden sind, werden hinsichtlich der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt, als ob sie beim übernehmenden Träger geleistet worden wären.»

Art. 72 - Artikel 77 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«*a*) eine der in Artikel 20 § 1 Nummer 1 für die zeitweilig bezeichneten Personalmitglieder oder eine der in Artikel 37 Absatz 1 Nummer 1 für die definitiv ernannten Personalmitglieder erwähnten Bedingungen;».

Art. 73 - In Kapitel XIV desselben Dekretes wird ein Artikel 111*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 111*bis* - Übergangsregelung

Diplomabweichungen, die Personalmitgliedern in den Schuljahren 2006-2007 und/oder 2007-2008 aufgrund der zu diesem Zeitpunkt gültigen Abweichungsbestimmungen gewährt worden sind, werden als Diplomabweichungen gemäß Artikel 20*bis* betrachtet. Die betreffenden Personalmitglieder brauchen die in Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 erwähnte Lehrbefähigung nicht zu erwerben.»

KAPITEL XIX — *Abänderung des Dekretes vom 19. April 2004
über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen*

Art. 74 - Artikel 25 § 2 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 2 - Um in den Genuss der in § 1 angeführten Abweichung kommen zu können, lässt der Träger dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine schriftliche Erklärung zukommen, aus der hervorgeht, dass kein qualifiziertes Personalmitglied gefunden wurde, das alle Bedingungen erfüllt, um eingestellt zu werden.»

KAPITEL XX — *Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule*

Art. 75 - Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 1 des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Nummer 5 desselben Absatzes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«5. Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sein, der dem zu vergebenden Amt entspricht, oder in drei Schuljahren eine in Artikel 5.18 Absätze 2 und 3 vorgesehene Abweichung für das zu vergebende Amt erhalten haben, wobei folgende Bedingungen zu erfüllen sind:

a) zwischen der ersten und der dritten Abweichung liegen nicht mehr als fünf Schuljahre;

b) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;

c) der Beurteilungsbericht, der sich auf die dritte Abweichung bezieht, schließt mindestens mit dem Vermerk «ausreichend»;

d) falls es sich um ein Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals handelt, muss dieses über eine Lehrbefähigung verfügen, die auf der Grundlage einer Ausbildung gewährt wird, deren wesentliche Elemente die Regierung dem Parlament zwecks Billigung vorlegt.»

In denselben Paragraphen wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 76 - In Artikel 5.17 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen» durch die Wortfolge «Der Mutterschaftsurlaub, der Urlaub aus prophylaktischen Gründen und der Zeitraum, während dessen das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist,» ersetzt.

Art. 77 - Artikel 5.18 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 5.18 - Abweichungsbestimmung

In Abweichung von Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 5 kann der Schulträger zwischen einem Bewerber wählen, der im letzten Beurteilungsbericht den Vermerk «ungenügend» erhalten hat beziehungsweise in den beiden letzten Bewertungsberichten den Vermerk «ungenügend» erhalten hat, und einem anderen Bewerber; dies geschieht unabhängig davon, ob letzterer Bewerber den erforderlichen Befähigungsnachweis besitzt oder nicht.

Wird die in Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung von keinem Bewerber erfüllt, kann der Schulträger in Abweichung von Artikel 5.15 einen Bewerber zeitweilig einstellen, der nicht Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises der Gruppe A ist, die für das zu vergebende Amt festgelegt wurden.

Von der in Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 5 erwähnten Bedingung kann der Schulträger abweichen, wenn es sich um ein Personalmitglied handelt, das einen Befähigungsnachweis besitzt, bei dem es sich um einen erforderlichen Befähigungsnachweis oder um einen für ausreichend erachteten Befähigungsnachweis der Gruppe A handeln würde, wenn das Personalmitglied über die Lehrbefähigung in Zusammenhang mit dem zu vergebenden Amt verfügen würde. Diese Abweichungsmöglichkeit gilt für den Zeitraum von drei aufeinanderfolgenden Schuljahren, gerechnet ab dem 1. September des Schuljahres der ersten Bezeichnung. Unbeschadet von Absatz 1 darf diese Abweichungsmöglichkeit bei der ersten Bezeichnung eines Personalmitgliedes in dem betreffenden Amt nicht zur Anwendung kommen, wenn Bewerber über den erforderlichen Befähigungsnachweis verfügen.

Wird ein Personalmitglied gemäß Absatz 2 für eine Dauer von mindestens 15 Wochen bezeichnet, lässt der Träger dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine schriftliche Erklärung zukommen, aus der hervorgeht, dass kein qualifiziertes Personalmitglied gefunden wurde, das alle Bedingungen erfüllt, um bezeichnet zu werden.»

Art. 78 - In Titel V Untertitel 3 Kapitel 2 Abschnitt 2 desselben Dekretes wird ein Artikel 5.18*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 5.18*bis* - Beschwerdeverfahren

Außer für den Fall, dass Artikel 5.18 Absatz 3 zur Anwendung gekommen ist, kann ein Personalmitglied, das die in Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 5 und 7 angeführten Bedingungen erfüllt und sich beim Schulträger für eine Stelle in dem betreffenden Amt beworben hat, Beschwerde einlegen gegen die Einstellung eines anderen Personalmitgliedes für einen Zeitraum von mindestens 15 Wochen, das die vorerwähnten Bedingungen nicht erfüllt.

Die Beschwerde erfolgt per Einschreiben an den Schulträger und enthält einen Beleg, dass der Beschwerdeführer sich für das betreffende Amt beworben hat.

Falls der Schulträger und der Beschwerdeführer keine einvernehmliche Lösung finden, verfügt letzterer über eine Frist von 60 Kalendertagen, um bei der Regierung per Einschreiben Beschwerde einzulegen. Die Frist von 60 Kalendertagen beginnt an dem Tag, an dem der Beschwerdeführer tatsächlich von der Einstellung Kenntnis genommen hat und insofern dieses Datum innerhalb des Schuljahres der Einstellung fällt. Jegliche Beschwerde außerhalb dieser Frist ist nicht zulässig.

Nach Erhalt der Beschwerde fordert die Regierung unverzüglich beim Schulträger die schriftliche Begründung zur beanstandeten Einstellung an. Der Schulträger verfügt über eine Frist von 14 Kalendertagen, um der Regierung diese Begründung zuzustellen. Sie beginnt am Tag des Versands des Ersuchens um schriftliche Begründung. Das Datum des Poststempels ist maßgebend. Falls der Schulträger diese Begründung nicht zustellt, verliert er das Recht auf Gehaltssubvention für das Personalmitglied, gegen dessen Einstellung Beschwerde eingelegt worden ist, und zwar ab dem ersten Tag des Monats, der dem Verstreichen der 14-tägigen Frist folgt.

Nach Erhalt der Antwort des betreffenden Schulträgers prüft die Regierung, ob die Einstellung den Bestimmungen des vorliegenden Dekretes entspricht und ob eine Begründung vorliegt und entsprechend begründet wurde.

Kommt die Regierung zu dem Schluss, dass kein Verstoß gegen die vorerwähnten Bestimmungen erfolgt ist und eine Begründung vorliegt, werden der Beschwerdeführer und der Schulträger hiervon unmittelbar per Einschreiben in Kenntnis gesetzt.

Kommt die Regierung zu dem Schluss, dass ein Verstoß gegen die vorerwähnten Bestimmungen erfolgt ist oder keine Begründung vorliegt, verliert der Schulträger das Recht auf Gehaltssubvention für das Personalmitglied, das unrechtmäßig eingestellt wurde, und zwar ab dem ersten Tag des Monats, der der Mitteilung dieser Regierungsentscheidung folgt. Diese Entscheidung wird sowohl dem Beschwerdeführer als auch dem Schulträger per Einschreiben mitgeteilt.

Da die Einstellung eines Personalmitgliedes, das die in Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung nicht erfüllt, auf das jeweils laufende Schuljahr begrenzt ist, endet jegliche Beschwerde von Rechtswegen am 30. Juni des betreffenden Schuljahres.»

Art. 79 - Artikel 5.22 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und das Dekret vom 21. April 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge «dem Vermerk "befriedigend"» durch die Wortfolge «dem Vermerk "ausreichend", dem Vermerk "mangelhaft"» ersetzt.

2. In § 2 wird ein Absatz 5 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Das Muster der Beurteilungsberichte wird von der Regierung festgelegt.»

3. In § 3 wird das Wort «zweifacher» durch das Wort «dreifacher» und das Wort «beide» durch die Wortfolge «die drei» ersetzt.

4. In § 4 Absatz 1 wird die Wortfolge «oder "befriedigend"» durch die Wortfolge «"mangelhaft" oder "ausreichend"» ersetzt.

Art. 80 - Artikel 5.31 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Erfüllung einer der folgenden Bedingungen:

a) Bürger der Europäischen Union oder Familienangehöriger eines Unionsbürgers im Sinne von Artikel 4 § 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1964 über das Statut der Personalmitglieder des staatlichen Unterrichtswesens sein; die Regierung kann eine Abweichung von dieser Bedingung gewähren;

b) den Status als langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger laut den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern besitzen;

c) die Rechtsstellung als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus laut den Bestimmungen desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;

d) den Aufenthaltstitel in Anwendung der Artikel 61/2 bis 61/5 desselben Gesetzes vom 15. Dezember 1980 besitzen;».

Nummer 5 desselben Absatzes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«5. Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sein, der dem zu vergebenden Amt entspricht, oder in drei Schuljahren eine in Artikel 5.18 Absätze 2 und 3 vorgesehene Abweichung für das zu vergebende Amt erhalten haben, wobei folgende Bedingungen zu erfüllen sind:

a) zwischen der ersten und der dritten Abweichung liegen nicht mehr als fünf Schuljahre;

b) jede der drei Abweichungen erstreckt sich über einen Mindestzeitraum von 15 Wochen, der, was die dritte Abweichung betrifft, spätestens am 30. April endet;

c) der Beurteilungsbericht, der sich auf die dritte Abweichung bezieht, schließt mindestens mit dem Vermerk «ausreichend»;

d) falls es sich um ein Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals handelt, muss dieses über eine Lehrbefähigung verfügen, die auf der Grundlage einer Ausbildung gewährt wird, deren wesentliche Elemente die Regierung dem Parlament zwecks Billigung vorlegt.»

In denselben Artikel wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Absatz 1 Nummer 1 Buchstaben b) bis d) dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, der Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren und der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.»

Art. 81 - In Titel V Untertitel 3 Kapitel 3 desselben Dekretes wird ein Artikel 5.31*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 5.31*bis* - Möglichkeit der Ernennung mit 55 Jahren

Ein Personalmitglied, das in dem betreffenden Kalenderjahr mindestens 55 Jahre alt ist, kann auf seinen Antrag hin und mit dem Einverständnis der Regierung definitiv in eine besetzte Stelle eines Anwerbungsamtes ernannt werden, falls folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Es erfüllt zum Zeitpunkt der Ernennung alle Ernennungsbedingungen;
2. es stellt beim Schulträger bis zum 15. Mai des betreffenden Kalenderjahres einen entsprechenden schriftlichen Antrag;
3. es ist mindestens seit dem 1. September des betreffenden Schuljahres im Dienst;
4. es ist zeitweilig bezeichnet oder für einen unvollständigen Stundenplan definitiv ernannt.»

Art. 82 - In Artikel 5.38 § 1 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge «des Aufnahmurlaubs wegen Adoption oder Vormundschaft» durch die Wortfolge «des Urlaubs aus prophylaktischen Gründen, des Zeitraumes, während dem das Personalmitglied im Rahmen des Mutterschaftsschutzes oder der Bedrohung durch eine Berufskrankheit von der Ausübung jeglicher Tätigkeit frei gestellt ist, des Urlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, der Gelegenheitsurlaube» ersetzt.

Art. 83 - Artikel 5.51 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«*a*) eine der in Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 1 für die zeitweilig bezeichneten Personalmitglieder oder eine der in Artikel 5.31 Absatz 1 Nummer 1 für die definitiv ernannten Personalmitglieder erwähnten Bedingungen;».

Art. 84 - In Artikel 5.41 § 1, 5.88 § 2 und 5.102 § 2 desselben Dekretes wird das Wort «zweifacher» durch das Wort «dreifacher» und das Wort «beide» durch die Wortfolge «die drei» ersetzt.

Art. 85 - In Artikel 5.88 § 1 Absatz 3 und 5.102 § 1 Absatz 3 desselben Dekretes wird das Wort «befriedigend» durch die Wortfolge «"mangelhaft", "ausreichend"» ersetzt.

KAPITEL XXI — *Abänderung des Dekretes vom 6. Juni 2005 über Massnahmen im Unterrichtswesen 2005*

Art. 86 - In Artikel 33 des Dekretes vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 wird nach Absatz 2 ein neuer Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«In Abweichung von Absatz 2 kann der Urlaub auch für einen Zeitraum gewährt werden, der kürzer als ein Monat ist, wobei dieser Zeitraum für die Festlegung der zur Verfügung stehenden drei Monate als vollständiger Monat gilt.»

KAPITEL XXII — *Abänderung des Dekretes vom 25. Juni 2007 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2007*

Art. 87 - Im Dekret vom 25. Juni 2007 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2007 wird ein Kapitel XXX*bis*, das den Artikel 85*bis* enthält, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«KAPITEL XXX*bis* — Begrenzung der definitiven Ernennungen in der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 85*bis* - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Der prozentuale Anteil der definitiven Ernennungen an der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft darf im Schuljahr 2008-2009 höchstens 85 Prozent des Stundenkapitals ausmachen.»

KAPITEL XXIII — *Aufhebungsbestimmungen*

Art. 88 - Artikel 16 § 1 Buchstabe *A a*) letzter Absatz des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens, eingefügt durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird aufgehoben.

Art. 89 - In Artikel 3 § 2 des Gesetzes vom 1. April 1960 über die Psycho-Medizinisch-Sozialen-Zentren, abgeändert durch den Königlichen Erlass Nr. 467 vom 1. Oktober 1986, werden die beiden letzten Absätze aufgehoben.

In Artikel 4 § 2 desselben Gesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlass Nr. 467 vom 1. Oktober 1986, werden die beiden letzten Absätze aufgehoben.

Art. 90 - Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 17. März 1967 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise der Personalmitglieder der freien Mittel- und Normalschulen wird aufgehoben.

Art. 91 - Der Königliche Erlass vom 31. Juli 1969 zur Festlegung der Regeln, nach denen die Zusammensetzung der Beförderungsprüfungsausschüsse zusammengesetzt werden, vorgesehen im Königlichen Erlass vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 28. Juni 1972, wird aufgehoben.

Art. 92 - Die Artikel 2 § 2 und 5 des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen, Artikel 6 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 14. Juni 1985 und durch das Dekret vom 17. Mai 2004, sowie Artikel 11 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses werden aufgehoben.

Art. 93 - Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittelschul- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Postsekundarschuljahr einbegriffen, Artikel 6 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 17. September 1976 und durch die Erlasse der Regierung vom 6. Februar 1991 und 21. Mai 1996, sowie Artikel 11 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses werden aufgehoben.

Art. 94 - Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, Artikel 6 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 17. September 1976 und durch den Erlass der Regierung vom 6. Februar 1991, sowie Artikel 11 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses werden aufgehoben.

Art. 95 - Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den subventionierten Unterrichtsanstalten des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens erteilt wird, Artikel 6 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 17. September 1976 und durch den Erlass der Regierung vom 6. Februar 1991, sowie Artikel 11 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses werden aufgehoben.

Art. 96 - Der Ministererlass vom 6. November 2006 zur Ernennung der Mitglieder der Kommission, die damit beauftragt ist, Gutachten betreffend die Anwerbung von Personalmitgliedern zu erstellen, die im Besitz eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sind, der verschieden von denen ist, die zur Gruppe A gehören, wird aufgehoben.

Art. 97 - Die Artikel 31 und 32 des Dekretes vom 25. Juni 2007 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2007 werden ausgesetzt bis zu einem Zeitpunkt, der von der Regierung festgelegt wird.

KAPITEL XXIV — *Inkrafttreten*

Art. 98 - Artikel 88 tritt mit Wirkung vom 1. September 2004 in Kraft.

Artikel 43 tritt mit Wirkung vom 1. September 2005 in Kraft.

Die Artikel 17, 18, 25, 38, 54, 55, 70, 79, 84 und 85 treten mit Wirkung vom 1. September 2007 in Kraft.

Die Artikel 2, 3, 4, 6 Absätze 1, 2 und 4, die Artikel 16, 19, 20, 22 Absätze 1, 2 und 4, die Artikel 27, 28, 29, 30, 31, 33, 35 Absätze 1, 2 und 4, die Artikel 41, 42, 46, 47, 48, 49 Nummern 1 und 3, Artikel 50 Absätze 1, 2 und 5, die Artikel 53, 56, 57, 59, 61, 62, 63, 64 Nummern 1 und 3, Artikel 66 Absätze 1, 2 und 5, die Artikel 72, 73, 74, 75, 77, 78, 80, 83, 90, 92, 93, 94, 95 und 96 treten mit Wirkung vom 1. April 2008 in Kraft.

Artikel 86 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in Kraft.

Die Artikel 7, 23, 36, 51, 67 und 81 treten mit Wirkung vom 1. Mai 2008 in Kraft.

Die Artikel 11, 13, 60, 69 und 71 treten mit Wirkung vom 1. Juni 2008 in Kraft.

Die Artikel 45 und 56 treten am 1. Juli 2008 in Kraft.

Die Artikel 5, 6 Absatz 3, die Artikel 8, 9, 10, 12, 14, 15, 21, 22 Absatz 3, die Artikel 24, 26, 32, 34, 35 Absatz 3, die Artikel 37, 39, 40, 44, 49 Nummer 2, Artikel 50 Absatz 3, die Artikel 52, 64 Nummer 2, Artikel 66 Absatz 3, die Artikel 68, 76, 82, 87, 89, 91 und 97 treten am 1. September 2008 in Kraft.

Die Artikel 50 Absatz 4, die Artikel 65 und 66 Absatz 4 treten am 1. Januar 2009 in Kraft.

Artikel 1 tritt am 1. September 2009 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 23. Juni 2008

K.-H. LAMBERTZ,

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES,

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

O. PAASCH,

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

I. WEYKMANS,

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

—————
Note

(1) *Sitzungsperiode 2007-2008*

Dokumente des Parlamentes — Dekretentwurf, 129 - Nr. 1 — Abänderungsvorschläge, 129 - Nrn. 2-4 — Bericht, 129 - Nr. 5 — Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text, 129 - Nrn. 6-7.

Ausführlicher Bericht — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 23. Juni 2008

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2008 — 3592

[C - 2008/33082]

23 JUIN 2008. — Décret portant des mesures en matière d'enseignement - 2008 (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Modification de l'arrêté royal du 8 avril 1959 organisant le régime des prestations des surveillants et maîtres d'études des établissements d'enseignement moyen et technique de l'Etat*

Article 1^{er}. Dans l'article 2, alinéa 3, de l'arrêté royal du 8 avril 1959 organisant le régime des prestations des surveillants et maîtres d'études des établissements d'enseignement moyen et technique de l'Etat, la première phrase est remplacée comme suit :

« Les heures de présence de nuit, entre le coucher et le lever des élèves, sont comptées pour cinq heures de service. »

CHAPITRE II. — *Modification de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat*

Art. 2. L'article 4, § 1^{er}, 1^o, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

- a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens du § 2; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;
- b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;
- c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;
- d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le même article est complété par un § 3, libellé comme suit :

« § 3. Le § 1^{er}, 1^o, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

CHAPITRE III. — *Modification de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat*

Art. 3. L'article 12, 1^o, de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o qui remplissent l'une des conditions suivantes :

- a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;
- b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;
- c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;
- d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le même article est complété par un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1^o, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

CHAPITRE IV. — *Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 4. L'article 16, alinéa 1^{er}, 1^o, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

- a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;
- b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;
- c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;
- d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

L'article 16, alinéa 1^{er}, 5^o, b), du même arrêté royal est remplacé par ce qui suit :

« b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième; ».

Le même article est complété par un quatrième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1^o, littéras *b*) à *d*), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 5. Dans l'article 17, alinéa 1^{er}, 3^o, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « Le congé de maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle ».

Art. 6. L'article 39, alinéa 1^{er}, 1^o, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5^o, *b*), du même alinéa, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« *b*) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième; ».

Dans le point 8^o du même alinéa, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « Le congé de maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle ».

Le même article est complété par un troisième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1, 1^o, littéras *b*) à *d*), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 7. Dans le chapitre III, section 3, sous-section 3, du même arrêté royal, inséré par le décret du 26 juin 2006, il est inséré un article 39*bis*, libellé comme suit :

« Article 39*bis*. Possibilité de nomination à 55 ans

Le membre du personnel qui aura au moins 55 ans au cours de l'année calendrier concernée peut, à sa demande et moyennant l'accord du Gouvernement, être nommé à titre définitif dans un emploi occupé d'une fonction de recrutement si les conditions suivantes sont remplies :

1^o il remplit toutes les conditions requises au moment de la nomination;

2^o il introduit par écrit, pour le 15 mai au plus tard de l'année calendrier concernée, une demande en ce sens auprès du pouvoir organisateur;

3^o il est en service depuis au moins le 1^{er} septembre de l'année scolaire concernée;

4^o il est désigné à titre temporaire ou nommé à titre définitif pour un horaire incomplet. »

Art. 8. Dans l'article 40, 2^o, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 25 juin 2007 et modifié par le décret du 21 avril 2008, les mots « le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, » sont remplacés par les mots « le congé prophylactique, la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, les congés de circonstance ».

Art. 9. Dans l'article 83, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, le 6^o est abrogé.

Art. 10. Dans l'article 85, *a*), du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, » sont remplacés par les mots « le congé prophylactique, la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, les congés de circonstance ».

Art. 11. Dans le chapitre VII du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 16 février 1983, l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 1995 et le décret du 26 juin 2006, il est inséré un article 91bis rédigé comme suit :

« Article 91bis. Par dérogation aux articles 78 à 91, le membre du personnel nommé à titre définitif dans une fonction de sélection auprès d'une école qui est soit fusionnée avec une école d'un pouvoir organisateur de l'enseignement officiel ou libre subventionné soit reprise par un tel pouvoir organisateur est censé être nommé à titre définitif dans cette même fonction auprès d'une autre école de l'enseignement communautaire si les conditions suivantes sont remplies :

1° le membre du personnel concerné occupe depuis trois années scolaires au moins une fonction de promotion dans le cadre d'un congé en vue de l'exercice d'une même fonction ou d'une autre fonction;

2° dans l'école où le membre du personnel est affecté, il y a - au moment de la nomination - au moins un emploi à temps plein définitivement vacant dans la fonction de recrutement donnant accès à la fonction de sélection dans laquelle le membre du personnel est nommé à titre définitif;

3° le membre du personnel concerné introduit auprès du pouvoir organisateur, pour le 15 juin au plus tard, une demande écrite allant dans ce sens.

La nouvelle affectation intervient au 1^{er} juillet de l'année calendrier au cours de laquelle la fusion ou la reprise intervient. »

Art. 12. Dans l'article 97, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 1995, le 7° est abrogé.

Art. 13. Dans le chapitre VIII, section 2, du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 27 mai 1981, l'arrêté du Gouvernement du 2 mars 1995 et le décret du 17 mai 2004, il est inséré un article 102bis, rédigé comme suit :

« Article 102bis. Si une école fondamentale de la Communauté germanophone fusionne avec une école fondamentale d'un pouvoir organisateur de l'enseignement officiel ou libre subventionné, ou si elle est reprise par un tel pouvoir organisateur, le pouvoir organisateur de l'enseignement communautaire peut, par dérogation aux articles 92 à 102, nommer un membre du personnel à titre définitif dans une fonction de chef d'établissement d'une école fondamentale ou dans une fonction d'instituteur en chef, si les conditions suivantes sont remplies :

1° le membre du personnel concerné remplit les conditions mentionnées à l'article 97, à l'exception de celle reprise au point 8°;

2° il occupe depuis trois années scolaires au moins une fonction de promotion dans le cadre d'un congé en vue de l'exercice d'une même fonction ou d'une autre fonction;

3° il y a - au moment de la nomination - un emploi correspondant définitivement vacant;

4° le membre du personnel concerné introduit auprès du pouvoir organisateur, pour le 15 juin au plus tard, une demande écrite allant dans ce sens.

La nomination visée au premier alinéa intervient au 2 juillet de l'année calendrier au cours de laquelle la fusion ou la reprise intervient. »

Art. 14. L'article 106, alinéa 1^{er}, 8°, du même arrêté royal est abrogé.

Art. 15. L'article 114 du même arrêté royal est remplacé par ce qui suit :

« Article 114. Tout jury de promotion est composé comme suit :

1° un président, choisi parmi les fonctionnaires ou agents contractuels de niveau I du Ministère de la Communauté germanophone en activité de service ou retraités;

2° deux membres choisis parmi les fonctionnaires ou agents contractuels de niveau I du Ministère de la Communauté germanophone;

3° quatre membres choisis parmi les membres du personnel directeur et enseignant de l'enseignement communautaire qui sont au moins titulaires de la fonction à pourvoir, parmi les membres du personnel directeur ou enseignant de la haute école autonome ou parmi les membres de l'inspection-guidance pédagogique;

4° trois membres choisis et proposés par les organisations syndicales représentatives de l'enseignement communautaire et qui sont au moins titulaires de la fonction à pourvoir;

5° un secrétaire, choisi parmi les fonctionnaires ou agents contractuels du Ministère de la Communauté germanophone.

Un membre suppléant est désigné pour chaque membre visé au premier alinéa. Le secrétaire n'a pas voix délibérative.

Le Gouvernement désigne les membres et leurs suppléants. »

Art. 16. L'article 121ter, alinéa 1^{er}, 1°, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, est remplacé par la disposition suivante :

« 1° remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le même article est complété par un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1^o, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 17. Dans l'article 121*nonies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, le passage « ou avec son ancienneté pécuniaire réelle si elle est supérieure à 19 ans » est inséré après le passage « avec une ancienneté pécuniaire de 19 ans ».

Art. 18. Dans les articles 24, § 3, et 68, § 1^{er}, du même arrêté royal, modifiés par le décret du 26 juin 2006, ainsi que dans l'article 121*undecies*, § 2, inséré par le décret du 25 juin 2007, le mot « double » est remplacé par « triple » et le mot « deux » par « trois ».

Art. 19. L'article 168, 2^o, littéra a), du même arrêté royal, remplacé par le décret du 17 mai 2004, est remplacé par la disposition suivante :

« a) une des conditions énoncées à l'article 16, alinéa 1^{er}, 1^o, pour les membres du personnel désignés à titre temporaire ou à l'article 39, alinéa 1^{er}, 1^o, pour les membres du personnel nommés à titre définitif; ».

CHAPITRE V. — *Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres et professeurs de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone*

Art. 20. L'article 4, § 1^{er}, 1^o, de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres et professeurs de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5^o, b), du même alinéa, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième; ».

Le même paragraphe est complété par un quatrième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1, 1^o, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 21. Dans l'article 5, § 1, alinéa 1^{er}, 3^o, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « Le congé de maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle ».

Art. 22. L'article 22*sexies*, alinéa 1^{er}, 1^o, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5^o, b), du même alinéa, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième; ».

Dans le point 8^o du même alinéa, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « Le congé de maternité, la protection de la maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle ».

Le même article est complété par un quatrième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1^o, littéras *b*) à *d*), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 23. Dans le chapitre III, section 3, sous-section 3, du même arrêté royal, inséré par le décret du 26 juin 2006, il est inséré un article 22^{sexies}1, libellé comme suit :

« Article 22^{sexies}1. Possibilité de nomination à 55 ans

Le membre du personnel qui aura au moins 55 ans au cours de l'année calendrier concernée peut, à sa demande et moyennant l'accord du Gouvernement, être nommé à titre définitif dans un emploi occupé d'une fonction de recrutement si les conditions suivantes sont remplies :

1° il remplit toutes les conditions requises au moment de la nomination;

2° il introduit par écrit, pour le 15 mai au plus tard de l'année calendrier concernée, une demande en ce sens auprès du pouvoir organisateur;

3° il est en service depuis au moins le 1^{er} septembre de l'année scolaire concernée;

4° il est désigné à titre temporaire ou nommé à titre définitif pour un horaire incomplet. »

Art. 24. Dans l'article 22^{septies}, 2°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 25 juin 2007 et modifié par le décret du 21 avril 2008, les mots « le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, » sont remplacés par les mots « le congé prophylactique, la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, les congés de circonstance ».

Art. 25. Dans les articles 12, § 3, et 29, § 1^{er}, du même arrêté royal, remplacés par le décret du 26 juin 2006, le mot « double » est remplacé par « triple » et le mot « deux » par « trois ».

Art. 26. Dans le chapitre IX, section 4, du même arrêté royal, modifié par les arrêtés royaux des 14 novembre 1978 et 1^{er} août 1984, il est inséré un article 47^{bis}, rédigé comme suit :

« Article 47^{bis}. § 1^{er}. Dans l'enseignement fondamental et secondaire, les maîtres et professeurs de religion mis en disponibilité par défaut d'emploi dans l'enseignement de la Communauté germanophone sont réaffectés temporairement dans l'enseignement officiel ou libre subventionné ou remis au travail comme tels dans un autre niveau d'enseignement, à moins qu'ils ne renoncent au traitement d'attente correspondant.

Dans l'enseignement fondamental et secondaire, les maîtres et professeurs de religion nommés à titre définitif dans l'enseignement de la Communauté germanophone et auxquels ne peut être attribué au moins le nombre de périodes pour lequel ils sont nommés sont - prioritairement à toute désignation à titre temporaire ou à toute nomination à titre définitif - occupés temporairement comme tels dans l'enseignement officiel ou libre subventionné, au même niveau d'enseignement ou non, pour le nombre de périodes perdues, à moins qu'ils ne renoncent au traitement d'attente correspondant.

§ 2. Dans l'enseignement fondamental et secondaire, les maîtres et professeurs de religion mis en tout ou partie en disponibilité par défaut d'emploi auprès d'un pouvoir organisateur de l'enseignement officiel subventionné sont réaffectés temporairement dans l'enseignement de la Communauté germanophone ou dans l'enseignement libre subventionné ou remis au travail comme tels dans un autre niveau d'enseignement, à moins qu'ils ne renoncent à la subvention-traitement d'attente correspondante.

§ 3. Dans l'enseignement fondamental et secondaire, les maîtres et professeurs de religion mis en tout ou partie en disponibilité par défaut d'emploi auprès d'un pouvoir organisateur de l'enseignement libre subventionné sont réaffectés temporairement dans l'enseignement de la Communauté germanophone ou dans l'enseignement officiel subventionné ou remis au travail comme tels dans un autre niveau d'enseignement, à moins qu'ils ne renoncent à la subvention-traitement d'attente correspondante.

§ 4. Une réaffectation ou une remise au travail de l'enseignement normal à l'enseignement spécial ne peut se faire, dans les cas prévus aux paragraphes 1 à 3, que moyennant l'accord du membre du personnel concerné.

§ 5. Avant que ne s'opèrent les réaffectation, remise au travail ou complément d'horaire visés aux paragraphes 1^{er} à 3, les commissions de réaffectation concernées émettent un avis conformément aux dispositions légales et réglementaires.

§ 6. Le présent article s'applique sans préjudice des dispositions de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné. »

Art. 27. L'article 48 du même arrêté royal est remplacé par la disposition suivante :

« Article 48. L'article 168, 1°, 2°, 3°, 4°, 7° et 8°, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, est applicable aux membres du personnel visés à l'article 1. »

CHAPITRE VI. — *Modification de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire*

Art. 28. Dans le tableau figurant à l'article 11 de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire, modifié en dernier lieu par le décret du 17 mai 2004, les titres jugés suffisants pour le groupe B sont supprimés.

CHAPITRE VII. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psycho-pédagogique*

Art. 29. Dans le tableau figurant à l'article 11 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psycho-pédagogique, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 31 août 2000, les titres jugés suffisants pour le groupe B sont supprimés.

CHAPITRE VIII. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés*

Art. 30. Dans le tableau figurant à l'article 11 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 31 août 2000, les titres jugés suffisants pour le groupe B sont supprimés.

CHAPITRE IX. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale*

Art. 31. Dans le tableau figurant à l'article 11 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 31 août 2000, les titres jugés suffisants pour le groupe B sont supprimés.

CHAPITRE X. — *Modification de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné*

Art. 32. Dans l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné, il est inséré un article 7bis, rédigé comme suit :

« Article 7bis. § 1^{er}. Dans l'enseignement fondamental et secondaire, les maîtres et professeurs de religion mis en disponibilité par défaut d'emploi dans l'enseignement de la Communauté germanophone sont réaffectés temporairement dans l'enseignement officiel ou libre subventionné ou remis au travail comme tels dans un autre niveau d'enseignement, à moins qu'ils ne renoncent au traitement d'attente correspondant.

Dans l'enseignement fondamental et secondaire, les maîtres et professeurs de religion nommés à titre définitif dans l'enseignement de la Communauté germanophone et auxquels ne peut être attribué au moins le nombre de périodes pour lequel ils sont nommés sont - prioritairement à toute désignation à titre temporaire ou à toute nomination à titre définitif - occupés temporairement comme tels dans l'enseignement officiel ou libre subventionné, au même niveau d'enseignement ou non, pour le nombre de périodes perdues, à moins qu'ils ne renoncent au traitement d'attente correspondant.

§ 2. Dans l'enseignement fondamental et secondaire, les maîtres et professeurs de religion mis en tout ou partie en disponibilité par défaut d'emploi auprès d'un pouvoir organisateur de l'enseignement officiel subventionné sont réaffectés temporairement dans l'enseignement de la Communauté germanophone ou dans l'enseignement libre subventionné ou remis au travail comme tels dans un autre niveau d'enseignement, à moins qu'ils ne renoncent à la subvention-traitement d'attente correspondante.

§ 3. Dans l'enseignement fondamental et secondaire, les maîtres et professeurs de religion mis en tout ou partie en disponibilité par défaut d'emploi auprès d'un pouvoir organisateur de l'enseignement libre subventionné sont réaffectés temporairement dans l'enseignement de la Communauté germanophone ou dans l'enseignement officiel subventionné ou remis au travail comme tels dans un autre niveau d'enseignement, à moins qu'ils ne renoncent à la subvention-traitement d'attente correspondante.

§ 4. Une réaffectation ou une remise au travail de l'enseignement normal à l'enseignement spécial ne peut se faire, dans les cas prévus aux paragraphes 1 à 3, que moyennant l'accord du membre du personnel concerné.

§ 5. Avant que ne s'opèrent les réaffectation, remise au travail ou complément d'horaire visés aux paragraphes 1^{er} à 3, les commissions de réaffectation concernées émettent un avis conformément aux dispositions légales et réglementaires.

§ 6. Le présent article s'applique sans préjudice des autres dispositions du présent arrêté. »

CHAPITRE XI. — *Modification de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés*

Art. 33. L'article 12, alinéa 1^{er}, 1^o, de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres psycho-médico-sociaux spécialisés de l'Etat, des centres de formation de l'Etat ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des offices d'orientation scolaire et professionnelle et des centres psycho-médico-sociaux spécialisés, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5°, b), du même alinéa, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième; ».

Le même article est complété par un quatrième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1°, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 34. Dans l'article 13, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « Le congé de maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle ».

Art. 35. L'article 30, alinéa 1^{er}, 1°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1° remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5°, b), du même alinéa, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième; ».

Dans le point 8° du même alinéa, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « Le congé de maternité, la protection de la maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle ».

Le même article est complété par un troisième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1, 1°, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 36. Dans le chapitre III, section 3, du même arrêté royal, inséré par le décret du 26 juin 2006, il est inséré un article 30bis, libellé comme suit :

« Article 30bis. Possibilité de nomination à 55 ans

Le membre du personnel qui aura au moins 55 ans au cours de l'année calendrier concernée peut, à sa demande et moyennant l'accord du Gouvernement, être nommé à titre définitif dans un emploi occupé d'une fonction de recrutement si les conditions suivantes sont remplies :

1° il remplit toutes les conditions requises au moment de la nomination;

2° il introduit par écrit, pour le 15 mai au plus tard de l'année calendrier concernée, une demande en ce sens auprès du pouvoir organisateur;

3° il est en service depuis au moins le 1^{er} septembre de l'année scolaire concernée;

4° il est désigné à titre temporaire ou nommé à titre définitif pour un horaire incomplet. »

Art. 37. Dans l'article 31, 2°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 25 juin 2007 et modifié par le décret du 21 avril 2008, les mots « le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, » sont remplacés par les mots « le congé prophylactique, la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, les congés de circonstance ».

Art. 38. Dans les articles 21, § 3, et 56, § 1^{er}, du même arrêté royal, remplacés par le décret du 26 juin 2006, le mot « double » est remplacé par « triple » et le mot « deux » par « trois ».

Art. 39. Dans l'article 73, 2°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, » sont remplacés par les mots « le congé prophylactique, la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, les congés de circonstance ».

Art. 40. Dans l'article 87, § 1^{er}, 2°, et § 2, 2°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, » sont remplacés par les mots « le congé prophylactique, la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, les congés de circonstance ».

Art. 41. L'article 196, 1^o, littéra a), du même arrêté royal, remplacé par le décret du 17 mai 2004, est remplacé par la disposition suivante :

« a) une des conditions énoncées à l'article 12, alinéa 1^{er}, 1^o, pour les membres du personnel désignés à titre temporaire ou à l'article 30, alinéa 1^{er}, 1^o, pour les membres du personnel nommés à titre définitif; ».

CHAPITRE XII. — *Modification de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit*

Art. 42. L'article 10, § 6, alinéa 3, de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit, modifié par le décret du 25 juin 2001, est remplacé par la disposition suivante :

« Le traitement ou la subvention-traitement dont question au premier alinéa ne sont octroyés que lorsque le pouvoir organisateur a informé par écrit le Ministère de la Communauté germanophone qu'il n'a pu trouver aucun membre du personnel qualifié pouvant occuper l'emploi à titre principal. »

CHAPITRE XIII. — *Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial*

Art. 43. L'article 53ter, alinéa 1^{er}, du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial, inséré par le décret du 17 mai 2004, est remplacé comme suit :

« Pour les années scolaires 2004-2005 à 2008-2009 incluse, il est octroyé, en plus du capital périodes calculé conformément à l'article 5ter, un complément au capital périodes en vue de l'intégration d'élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans l'enseignement fondamental ordinaire. »

CHAPITRE XIV. — *Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires*

Art. 44. L'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires est complété par un quatrième alinéa, libellé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa précédent, le Gouvernement peut décider que les personnes chargées de l'éducation aient également droit, dans le cas d'une reprise d'une école par un autre pouvoir organisateur, à un remboursement proportionnel du transport scolaire jusqu'à l'école reprise qui n'est pas l'école de libre choix la plus proche, à condition que ladite école, avant la reprise, ait été l'école de libre choix la plus proche. Les personnes chargées de l'éducation susmentionnées sont les personnes chargées de l'éducation des élèves qui, au moment de la reprise, fréquentaient déjà l'école en question ou de leurs frères et sœurs. »

Art. 45. Dans l'article 34, alinéa 2, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, remplacé par le décret du 25 mai 1999, le mot « troisième » est remplacé par « dernier ».

Dans le même article, alinéa 3, inséré par le décret du 23 octobre 2000, le passage « après le troisième jour ouvrable précédant le début de » est remplacé par le mot « pendant ».

CHAPITRE XV. — *Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné*

Art. 46. L'article 33, alinéa 1^{er}, 1^o, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5^o du même alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« 5^o être porteur d'un titre requis ou jugé suffisant en rapport avec la fonction à conférer ou avoir obtenu pour la fonction à conférer, au cours de trois années scolaires, une dérogation prévue à l'article 33bis, alinéas 2 et 3, les conditions suivantes étant remplies :

a) il n'y a pas plus de 5 années scolaires entre la première et la troisième dérogation;

b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième;

c) le bulletin de signalement se rapportant à la troisième dérogation porte au moins en conclusion la mention « suffisant »;

d) s'il s'agit d'un membre du personnel directeur et enseignant, celui-ci doit disposer d'un titre pédagogique délivré sur la base d'une formation dont le Gouvernement soumet les éléments essentiels à l'approbation du Parlement. »

Le point 8^o du même alinéa est supprimé.

Le même article est complété par un quatrième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1^o, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 47. L'article 33bis du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2006, est complété par les alinéas 2, 3 et 4 suivants :

« Si aucun candidat ne remplit la condition mentionnée à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5^o, le pouvoir organisateur peut, par dérogation à l'article 33, engager à titre temporaire un candidat qui n'est porteur ni d'un titre requis ni d'un titre jugé suffisant du groupe A, tels que fixés pour la fonction à conférer.

Le pouvoir organisateur peut déroger à la condition mentionnée à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5^o, s'il s'agit d'un membre du personnel porteur d'un titre qui serait un titre requis ou un titre jugé suffisant du groupe A si le membre du personnel était en possession du titre pédagogique en rapport avec la fonction à conférer. Cette dérogation vaut pour la période de trois années scolaires successives, à partir du 1^{er} septembre de l'année scolaire de la première désignation. Sans préjudice du premier alinéa, la possibilité de dérogation ne peut s'appliquer lors de la première désignation d'un membre du personnel dans la fonction concernée si des candidats sont porteurs du titre requis.

Si un membre du personnel est engagé conformément à l'alinéa 2 pour une période d'au moins 15 semaines, le pouvoir organisateur fait parvenir au Ministère de la Communauté germanophone une déclaration écrite dont il ressort qu'aucun membre du personnel qualifié remplissant toutes les conditions pour être engagé n'a été trouvé. »

Art. 48. Dans le chapitre III, section 2, sous-section 1, du même décret, il est inséré un article 33ter, libellé comme suit :

« Article 33ter. Sauf en cas d'application de l'article 33bis, alinéa 3, un membre du personnel qui se porte candidat auprès d'un pouvoir organisateur pour un emploi dans la fonction concernée et remplit les conditions mentionnées à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5^o et 7^o, peut introduire un recours contre l'engagement pour une période d'au moins 15 semaines d'un autre membre du personnel qui ne remplit pas lesdites conditions.

Le recours est introduit par recommandé auprès du pouvoir organisateur et comporte la preuve que le plaignant s'est porté candidat pour la fonction concernée.

Si le pouvoir organisateur et le plaignant n'aboutissent pas à un règlement à l'amiable, ce dernier dispose d'un délai de 60 jours calendrier pour introduire un recours par recommandé auprès du Gouvernement. Le délai de 60 jours calendrier débute le jour où le plaignant a effectivement pris connaissance de l'engagement, dans la mesure où ce jour se situe au cours de l'année scolaire de l'engagement. Tout recours introduit hors de ce délai est irrecevable.

Après réception du recours, le Gouvernement invite immédiatement le pouvoir organisateur à motiver par écrit l'engagement contesté. Le pouvoir organisateur dispose d'un délai de quinze jours calendrier pour notifier cette motivation au Gouvernement. Ce délai débute le jour de l'envoi de la demande de motivation écrite, la date de la poste faisant foi. Si le pouvoir organisateur ne notifie pas cette motivation, il perd le droit à la subvention-traitement en faveur du membre du personnel contre l'engagement duquel un recours a été introduit, et ce dès le premier jour du mois qui suit l'expiration du délai de quinze jours.

Après réception de la réponse du pouvoir organisateur concerné, le Gouvernement examine si l'engagement est conforme aux dispositions du présent décret et a été dûment motivé.

Si le Gouvernement conclut qu'il n'y a pas infraction aux dispositions précitées et qu'il y a une motivation, le plaignant et le pouvoir organisateur en sont immédiatement informés par recommandé.

Si le Gouvernement conclut qu'il y a infraction aux dispositions précitées ou qu'il n'y a pas de motivation, le pouvoir organisateur perd le droit à la subvention-traitement en faveur du membre du personnel engagé irrégulièrement, et ce dès le premier jour du mois qui suit la communication de la décision du Gouvernement. Cette décision est communiquée par recommandé tant au plaignant qu'au pouvoir organisateur.

Etant donné que l'engagement d'un membre du personnel ne remplissant pas les conditions mentionnées à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5^o, est limité à l'année scolaire concernée, tout recours devient d'office caduc le 30 juin de cette année scolaire. »

Art. 49. L'article 35 du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est modifié comme suit :

1^o Le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, est remplacé comme suit :

« 2^o il remplit les conditions mentionnées à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5^o; »;

2^o Dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3^o, les mots « Le congé de maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle »;

3^o Le § 1, alinéa 2, est remplacé comme suit :

« Un candidat qui a presté des jours d'activité de service dans une autre fonction de la catégorie concernée pour laquelle il possède le titre requis ou un titre jugé suffisant du groupe A se voit ajouter ces jours d'activité de service aux jours mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 3^o, qui sont pris en compte pour le calcul de la priorité, à condition qu'il justifie d'au moins 360 jours d'activité de service dans la fonction pour laquelle il se porte candidat. »

Art. 50. L'article 49, § 1^{er}, 1^o, du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5° du même alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« 5° être porteur d'un titre requis ou jugé suffisant en rapport avec la fonction à conférer ou avoir obtenu pour la fonction à conférer, au cours de trois années scolaires, une dérogation prévue à l'article 33*bis*, alinéas 2 et 3, les conditions suivantes étant remplies :

a) il n'y a pas plus de 5 années scolaires entre la première et la troisième dérogation;

b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième;

c) le bulletin de signalement se rapportant à la troisième dérogation porte au moins en conclusion la mention « suffisant »;

d) s'il s'agit d'un membre du personnel directeur et enseignant, celui-ci doit disposer d'un titre pédagogique délivré sur la base d'une formation dont le Gouvernement soumet les éléments essentiels à l'approbation du Parlement. »

Dans le point 8° du même alinéa, les mots « Le congé de maternité, la protection de la maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle ».

Le même paragraphe est complété par un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Un membre du personnel engagé à titre définitif qui a presté des jours d'activité de service dans une autre fonction de la catégorie concernée pour laquelle il possède le titre requis ou un titre jugé suffisant du groupe A se voit ajouter ces jours d'activité de service aux jours mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 8°, à condition qu'il justifie d'au moins 360 jours d'activité de service dans la fonction pour laquelle il se porte candidat. »

Le même paragraphe est complété par un troisième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1°, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 51. Dans le chapitre III, section 3, du même décret, il est inséré un article 49*bis*, libellé comme suit :

« Article 49*bis*. Possibilité d'engagement à 55 ans

Le membre du personnel qui aura au moins 55 ans au cours de l'année calendrier concernée peut, à sa demande et moyennant l'accord du Gouvernement, être engagé à titre définitif dans un emploi occupé d'une fonction de recrutement si les conditions suivantes sont remplies :

1° il remplit toutes les conditions requises au moment de la nomination;

2° il introduit par écrit, pour le 15 mai au plus tard de l'année calendrier concernée, une demande en ce sens auprès du pouvoir organisateur;

3° il est en service depuis au moins le 1^{er} septembre de l'année scolaire concernée;

4° il est engagé à titre temporaire ou nommé à titre définitif pour un horaire incomplet. »

Art. 52. Dans l'article 55, § 1^{er}, 2°, du même décret, modifié par le décret du 21 avril 2008, les mots « le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officielle, » sont remplacés par les mots « le congé prophylactique, la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officielle, les congés de circonstance ».

Art. 53. L'article 69.2, 1°, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, est remplacé par la disposition suivante :

« 1° remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le même article est complété par un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1°, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 54. Dans l'article 69.8, § 1, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, le passage « ou avec son ancienneté pécuniaire réelle si elle est supérieure à 19 ans » est inséré après le passage « avec une ancienneté pécuniaire de 19 ans ».

Art. 55. Dans les articles 39bis, § 3, et 69.10, § 2, du même décret, insérés par le décret du 26 juin 2006, ainsi que dans l'article 69.16, § 1^{er}, de ce même décret, inséré par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 25 juin 2007, le mot « double » est remplacé par « triple » et le mot « deux » par « trois ».

Art. 56. L'article 79, alinéa 1^{er}, 1^o, littéra a), du même décret, est remplacé par la disposition suivante :

« a) une des conditions énoncées à l'article 33, alinéa 1^{er}, 1^o, pour les membres du personnel désignés à titre temporaire ou à l'article 49, § 1^{er}, 1^o, pour les membres du personnel nommés à titre définitif; ».

Art. 57. L'article 119 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 119. Les dérogations de diplôme accordées aux membres du personnel au cours des années scolaires 2006-2007 et/ou 2007-2008 sur la base des dispositions dérogatoires alors en vigueur sont considérées comme des dérogations accordées conformément à l'article 33bis. Les membres du personnel concernés ne doivent pas obtenir le titre pédagogique mentionné à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5^o. »

CHAPITRE XVI. — *Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire*

Art. 58. Dans l'article 9, § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, remplacé par le décret du 25 juin 2007, le passage « dans le cadre d'un contrat de travail d'une durée d'au moins six mois » est ajouté in fine.

Dans le même alinéa, 2^o, remplacé par le décret du 25 juin 2007, les mots « dans une école » sont remplacés par les mots « dans la même école ».

Art. 59. L'article 40, alinéa 1^{er}, 1^o, du même décret, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o elle ne peut entraîner une augmentation du nombre d'écoles ou d'implantations existant au jour d'entrée en vigueur du présent décret, sauf accord du Gouvernement; ».

Les alinéas 2 et 3 du même article sont abrogés.

CHAPITRE XVII. — *Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement - 2003*

Art. 60. L'article 2 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement - 2003 est complété par un § 3, libellé comme suit :

« § 3. Par dérogation au § 1^{er}, la période mentionnée au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, est réduite à une année scolaire lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel nommé à titre définitif dans une fonction de promotion. »

CHAPITRE XVIII. — *Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiaire de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés*

Art. 61. L'article 20, § 1, 1^o, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiaire de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5^o du même paragraphe est remplacé par la disposition suivante :

« 5^o être porteur d'un titre requis ou jugé suffisant en rapport avec la fonction à conférer ou avoir obtenu pour la fonction à conférer, au cours de trois années scolaires, une dérogation prévue à l'article 20bis, alinéas 2 et 3, les conditions suivantes étant remplies :

a) il n'y a pas plus de 5 années scolaires entre la première et la troisième dérogation;

b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième;

c) le bulletin de signalement se rapportant à la troisième dérogation porte au moins en conclusion la mention « suffisant »;

d) s'il s'agit d'un membre du personnel directeur et enseignant, celui-ci doit disposer d'un titre pédagogique délivré sur la base d'une formation dont le Gouvernement soumet les éléments essentiels à l'approbation du Parlement. »

Le même paragraphe est complété par un troisième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1^o, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 62. § 1. Dans l'article 20bis, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 26 juin 2006, le passage « article 20 » est remplacé par « article 20, § 1^{er} ».

§ 2. Le même article est complété par les alinéas 2, 3 et 4 suivants :

« Si aucun candidat ne remplit la condition mentionnée à l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o, le pouvoir organisateur peut, par dérogation à l'article 20, désigner à titre temporaire un candidat qui n'est porteur ni d'un titre requis ni d'un titre jugé suffisant du groupe A, tels que fixés pour la fonction à conférer.

Le pouvoir organisateur peut déroger à la condition mentionnée à l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o, s'il s'agit d'un membre du personnel porteur d'un titre qui serait un titre requis ou un titre jugé suffisant du groupe A si le membre du personnel était en possession du titre pédagogique en rapport avec la fonction à conférer. Cette dérogation vaut pour la période de trois années scolaires successives, à partir du 1^{er} septembre de l'année scolaire de la première désignation. Sans préjudice du premier alinéa, la possibilité de dérogation ne peut s'appliquer lors de la première désignation d'un membre du personnel dans la fonction concernée si des candidats sont porteurs du titre requis.

Si un membre du personnel est désigné conformément à l'alinéa 2 pour une période d'au moins 15 semaines, le pouvoir organisateur fait parvenir au Ministère de la Communauté germanophone une déclaration écrite dont il ressort qu'aucun membre du personnel qualifié remplissant toutes les conditions pour être désigné n'a été trouvé. »

Art. 63. Dans le chapitre III, section 2, sous-section 1, du même décret, il est inséré un article 20^{ter}, libellé comme suit :

« Article 20^{ter} - Procédure de recours

Sauf en cas d'application de l'article 20^{bis}, alinéa 3, un membre du personnel qui se porte candidat auprès d'un pouvoir organisateur pour un emploi dans la fonction concernée et remplit les conditions mentionnées à l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o et 7^o, peut introduire un recours contre l'engagement pour une période d'au moins 15 semaines d'un autre membre du personnel qui ne remplit pas lesdites conditions.

Le recours est introduit par recommandé auprès du pouvoir organisateur et comporte la preuve que le plaignant s'est porté candidat pour la fonction concernée.

Si le pouvoir organisateur et le plaignant n'aboutissent pas à un règlement à l'amiable, ce dernier dispose d'un délai de 60 jours calendrier pour introduire un recours par recommandé auprès du Gouvernement. Le délai de 60 jours calendrier débute le jour où le plaignant a effectivement pris connaissance de l'engagement, dans la mesure où ce jour se situe au cours de l'année scolaire de l'engagement. Tout recours introduit hors de ce délai est irrecevable.

Après réception du recours, le Gouvernement invite immédiatement le pouvoir organisateur à motiver par écrit l'engagement contesté. Le pouvoir organisateur dispose d'un délai de quinze jours calendrier pour notifier cette motivation au Gouvernement. Ce délai débute le jour de l'envoi de la demande de motivation écrite, la date de la poste faisant foi. Si le pouvoir organisateur ne notifie pas cette motivation, il perd le droit à la subvention-traitement en faveur du membre du personnel contre l'engagement duquel un recours a été introduit, et ce dès le premier jour du mois qui suit l'expiration du délai de quinze jours.

Après réception de la réponse du pouvoir organisateur concerné, le Gouvernement examine si l'engagement est conforme aux dispositions du présent décret et a été dûment motivé.

Si le Gouvernement conclut qu'il n'y a pas infraction aux dispositions précitées ou qu'il y a motivation, le plaignant et le pouvoir organisateur en sont immédiatement informés par recommandé.

Si le Gouvernement conclut qu'il y a infraction aux dispositions précitées et qu'il n'y a pas de motivation, le pouvoir organisateur perd le droit à la subvention-traitement en faveur du membre du personnel engagé irrégulièrement, et ce dès le premier jour du mois qui suit la communication de la décision du Gouvernement. Cette décision est communiquée par recommandé tant au plaignant qu'au pouvoir organisateur.

Etant donné que l'engagement d'un membre du personnel ne remplissant pas la condition mentionnée à l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o, est limité à l'année scolaire concernée, tout recours devient d'office caduc le 30 juin de cette année scolaire. »

Art. 64. L'article 22 du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est modifié comme suit :

1^o l'alinéa 1^{er}, 2^o, est remplacé comme suit :

« 2^o il remplit la condition mentionnée à l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o »;

2^o Dans l'alinéa 1^{er}, 3^o, les mots « Le congé de maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle »;

3^o L'alinéa 2 est remplacé comme suit :

« Un candidat qui a presté des jours d'activité de service dans une autre fonction de la catégorie concernée pour laquelle il possède le titre requis ou un titre jugé suffisant du groupe A se voit ajouter ces jours d'activité de service aux jours mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 3^o, qui sont pris en compte pour le calcul de la priorité, à condition qu'il justifie d'au moins 360 jours d'activité de service dans la fonction pour laquelle il se porte candidat. »

Art. 65. L'article 36, alinéa 3, du même décret est abrogé.

Art. 66. L'article 37, alinéa 1^{er}, 1^o, du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5^o du même alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« 5^o être porteur d'un titre requis ou jugé suffisant en rapport avec la fonction à conférer ou avoir obtenu pour la fonction à conférer, au cours de trois années scolaires, une dérogation prévue à l'article 20^{bis}, alinéas 2 et 3, les conditions suivantes étant remplies :

a) il n'y a pas plus de 5 années scolaires entre la première et la troisième dérogation;

b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième;

c) le bulletin de signalement se rapportant à la troisième dérogation porte au moins en conclusion la mention « suffisant »;

d) s'il s'agit d'un membre du personnel directeur et enseignant, celui-ci doit disposer d'un titre pédagogique délivré sur la base d'une formation dont le Gouvernement soumet les éléments essentiels à l'approbation du Parlement. »

Dans le point 8° du même alinéa, modifié par le décret su 26 juin 2006, les mots « Le congé de maternité, la protection de la maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle ».

Dans le même article, il est inséré un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Un candidat nommé à titre définitif qui a presté des jours d'activité de service dans une autre fonction de la catégorie concernée pour laquelle il possède le titre requis ou un titre jugé suffisant du groupe A se voit ajouter ces jours d'activité de service aux jours mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 8°, à condition qu'il justifie d'au moins 360 jours d'activité de service dans la fonction il souhaite être nommé. »

Le même article est complété par un quatrième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1°, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 67. Dans le chapitre III, section 3, du même décret, il est inséré un article 37bis, libellé comme suit :

« Article 37bis. Possibilité de nomination à 55 ans

Le membre du personnel qui aura au moins 55 ans au cours de l'année calendrier concernée peut, à sa demande et moyennant l'accord du Gouvernement, être nommé à titre définitif dans un emploi occupé d'une fonction de recrutement si les conditions suivantes sont remplies :

1° il remplit toutes les conditions requises au moment de la nomination;

2° il introduit par écrit, pour le 15 mai au plus tard de l'année calendrier concernée, une demande en ce sens auprès du pouvoir organisateur;

3° il est en service depuis au moins le 1^{er} septembre de l'année scolaire concernée;

4° il est désigné à titre temporaire ou nommé à titre définitif pour un horaire incomplet. »

Art. 68. Dans l'article 48, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, du même décret, modifié par le décret du 21 avril 2008, les mots « le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, » sont remplacés par les mots « le congé prophylactique, la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, les congés de circonstance ».

Art. 69. L'article 62 du même décret est complété par un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Les services prestés conformément à l'article 69, sont censés avoir été prestés dans l'enseignement officiel subventionné au sens de l'alinéa 1^{er}, 1°. »

Art. 70. Dans l'article 28, § 3, du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2006, et dans l'article 67, § 1^{er}, du même décret, le mot « double » est remplacé par « triple » et le mot « deux » par « trois ».

Art. 71. L'article 69, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

« En ce qui concerne le calcul de l'ancienneté, les services prestés avant la reprise par les membres du personnel visés au premier alinéa ainsi que ceux prestés par les membres du personnel qui, au 30 juin de l'année scolaire où finit l'année calendrier au cours de laquelle la reprise intervient, sont désignés depuis au moins trois mois auprès du pouvoir organisateur cédant dans l'établissement en question sont pris en compte comme s'ils avaient été prestés auprès du pouvoir organisateur reprenneur. »

Art. 72. L'article 77, alinéa 1^{er}, 1°, littéra a), du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« a) une des conditions énoncées à l'article 20, § 1^{er}, 1°, pour les membres du personnel désignés à titre temporaire ou à l'article 37, alinéa 1^{er}, 1°, pour les membres du personnel nommés à titre définitif; ».

Art. 73. Dans le chapitre XIV du même décret, il est inséré un article 111bis, libellé comme suit :

« Article 111bis - Régime transitoire

Les dérogations de diplôme accordées aux membres du personnel au cours des années scolaires 2006-2007 et/ou 2007-2008 sur la base des dispositions dérogatoires alors en vigueur sont considérées comme des dérogations accordées conformément à l'article 20bis. Les membres du personnel ne doivent pas obtenir le titre pédagogique mentionné à l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°. »

CHAPITRE XIX. — *Modification du décret du 19 avril 2004
relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement*

Art. 74. L'article 25, § 2, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement est remplacé par la disposition suivante :

« § 2. Pour pouvoir bénéficier de la dérogation prévue au § 1^{er}, le pouvoir organisateur fait parvenir au Ministère de la Communauté germanophone une déclaration écrite dont il ressort qu'aucun membre du personnel qualifié remplissant toutes les conditions pour être engagé n'a été trouvé. »

CHAPITRE XX. — *Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome*

Art. 75. L'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5^o du même alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« 5^o être porteur d'un titre requis ou jugé suffisant en rapport avec la fonction à conférer ou avoir obtenu pour la fonction à conférer, au cours de trois années scolaires, une dérogation prévue à l'article 5.18, alinéas 2 et 3, les conditions suivantes étant remplies :

a) il n'y a pas plus de 5 années scolaires entre la première et la troisième dérogation;

b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième;

c) le bulletin de signalement se rapportant à la troisième dérogation porte au moins en conclusion la mention « suffisant »;

d) s'il s'agit d'un membre du personnel directeur et enseignant, celui-ci doit disposer d'un titre pédagogique délivré sur la base d'une formation dont le Gouvernement soumet les éléments essentiels à l'approbation du Parlement. »

Le même paragraphe est complété par un troisième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1^o, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 76. Dans l'article 5.17, alinéa 1^{er}, 2^o, du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les mots « Le congé de maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les mots « Le congé de maternité, le congé prophylactique et la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle ».

Art. 77. L'article 5.18 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 5.18. Disposition dérogatoire

Par dérogation à l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o, le pouvoir organisateur peut choisir entre un candidat qui a obtenu la mention « insuffisant » lors du dernier signalement ou lors des deux dernières évaluations et un autre candidat, que ce dernier soit porteur ou non du titre requis.

Si aucun candidat ne remplit la condition mentionnée à l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o, le pouvoir organisateur peut, par dérogation à l'article 5.15, engager à titre temporaire un candidat qui n'est porteur ni d'un titre requis ni d'un titre jugé suffisant du groupe A, tels que fixés pour la fonction à conférer.

Le pouvoir organisateur peut déroger à la condition mentionnée à l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o, s'il s'agit d'un membre du personnel porteur d'un titre qui serait un titre requis ou un titre jugé suffisant du groupe A si le membre du personnel était en possession du titre pédagogique en rapport avec la fonction à conférer. Cette dérogation vaut pour la période de trois années scolaires successives, à partir du 1^{er} septembre de l'année scolaire de la première désignation. Sans préjudice du premier alinéa, la possibilité de dérogation ne peut s'appliquer lors de la première désignation d'un membre du personnel dans la fonction concernée si des candidats sont porteurs du titre requis.

Si un membre du personnel est désigné conformément à l'alinéa 2 pour une période d'au moins 15 semaines, le pouvoir organisateur fait parvenir au Ministère de la Communauté germanophone une déclaration écrite dont il ressort qu'aucun membre du personnel qualifié remplissant toutes les conditions pour être désigné n'a été trouvé. »

Art. 78. Dans le titre V, sous-titre 3, chapitre 2, section 2, du même décret, il est inséré un article 5.18bis, libellé comme suit :

« Article 5.18bis. Procédure de recours

Sauf en cas d'application de l'article 5.18, alinéa 3, un membre du personnel qui se porte candidat auprès d'un pouvoir organisateur pour un emploi dans la fonction concernée et remplit les conditions mentionnées à l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o et 7^o, peut introduire un recours contre l'engagement pour une période d'au moins 15 semaines d'un autre membre du personnel qui ne remplit pas lesdites conditions.

Le recours est introduit par recommandé auprès du pouvoir organisateur et comporte la preuve que le plaignant s'est porté candidat pour la fonction concernée.

Si le pouvoir organisateur et le plaignant n'aboutissent pas à un règlement à l'amiable, ce dernier dispose d'un délai de 60 jours calendrier pour introduire un recours par recommandé auprès du Gouvernement. Le délai de 60 jours calendrier débute le jour où le plaignant a effectivement pris connaissance de l'engagement, dans la mesure où ce jour se situe au cours de l'année scolaire de l'engagement. Tout recours introduit hors de ce délai est irrecevable.

Après réception du recours, le Gouvernement invite immédiatement le pouvoir organisateur à motiver par écrit l'engagement contesté. Le pouvoir organisateur dispose d'un délai de quinze jours calendrier pour notifier cette motivation au Gouvernement. Ce délai débute le jour de l'envoi de la demande de motivation écrite, la date de la poste faisant foi. Si le pouvoir organisateur ne notifie pas cette motivation, il perd le droit à la subvention-traitement en faveur du membre du personnel contre l'engagement duquel un recours a été introduit, et ce dès le premier jour du mois qui suit l'expiration du délai de quinze jours.

Après réception de la réponse du pouvoir organisateur concerné, le Gouvernement examine si l'engagement est conforme aux dispositions du présent décret et a été dûment motivé.

Si le Gouvernement conclut qu'il n'y a pas infraction aux dispositions précitées ou qu'il y a motivation, le plaignant et le pouvoir organisateur en sont immédiatement informés par recommandé.

Si le Gouvernement conclut qu'il y a infraction aux dispositions précitées et qu'il n'y a pas de motivation, le pouvoir organisateur perd le droit à la subvention-traitement en faveur du membre du personnel engagé irrégulièrement, et ce dès le premier jour du mois qui suit la communication de la décision du Gouvernement. Cette décision est communiquée par recommandé tant au plaignant qu'au pouvoir organisateur.

Etant donné que l'engagement d'un membre du personnel ne remplissant pas les conditions mentionnées à l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o, est limité à l'année scolaire concernée, tout recours devient d'office caduc le 30 juin de cette année scolaire. »

Art. 79. L'article 5.22 du même décret, modifié par les décrets des 26 juin 2006 et 21 avril 2008, est modifié comme suit :

1° Dans le § 2, alinéa 1^{er}, le mot « satisfaisant » est remplacé par les mots « "suffisant", "insatisfaisant" »;

2° Le § 2 est complété par un cinquième alinéa, libellé comme suit :

« Le modèle du bulletin de signalement est fixé par le Gouvernement. »;

3° Dans le § 3, le mot « double » est remplacé par « triple » et le mot « deux » par « trois »;

4° Dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots « ou "satisfaisant" » sont remplacés par les mots « "insatisfaisant" ou "suffisant" ».

Art. 80. L'article 5.31, alinéa 1^{er}, 1^o, du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par la disposition suivante :

« 1° remplir l'une des conditions suivantes :

a) être citoyen de l'Union européenne ou membre de la famille d'un citoyen de l'Union au sens de l'article 4, § 2, de la loi du 22 juin 1964 relative au statut des membres du personnel de l'enseignement de l'Etat; le Gouvernement peut accorder une dérogation à cette condition;

b) posséder le statut de résident de longue durée, ressortissant d'un pays tiers, conformément à la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers;

c) posséder le statut de réfugié ou le statut de protection subsidiaire conformément aux dispositions de la même loi du 15 décembre 1980;

d) posséder le titre de séjour en application des articles 61/2 à 61/5 de la même loi du 15 décembre 1980; ».

Le point 5° du même alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« 5° être porteur d'un titre requis ou jugé suffisant en rapport avec la fonction à conférer ou avoir obtenu pour la fonction à conférer, au cours de trois années scolaires, une dérogation prévue à l'article 5.18, alinéas 2 et 3, les conditions suivantes étant remplies :

a) il n'y a pas plus de 5 années scolaires entre la première et la troisième dérogation;

b) chacune des trois dérogations a été accordée pour une période de 15 semaines au moins, se terminant au plus tard le 30 avril en ce qui concerne la troisième;

c) le bulletin de signalement se rapportant à la troisième dérogation porte au moins en conclusion la mention « suffisant »;

d) s'il s'agit d'un membre du personnel directeur et enseignant, celui-ci doit disposer d'un titre pédagogique délivré sur la base d'une formation dont le Gouvernement soumet les éléments essentiels à l'approbation du Parlement. »

Le même article est complété par un troisième alinéa, libellé comme suit :

« L'alinéa 1^{er}, 1^o, littéras b) à d), sert à transposer la Directive 2003/109/CE du Conseil du 25 novembre 2003 relative au statut des ressortissants de pays tiers résidents de longue durée, la Directive 2004/81/CE du Conseil du 29 avril 2004 relative au titre de séjour délivré aux ressortissants de pays tiers qui sont victimes de la traite des êtres humains ou ont fait l'objet d'une aide à l'immigration clandestine et qui coopèrent avec les autorités compétentes et la Directive 2004/83/CE du Conseil du 29 avril 2004 concernant les normes minimales relatives aux conditions que doivent remplir les ressortissants des pays tiers ou les apatrides pour pouvoir prétendre au statut de réfugié ou les personnes qui, pour d'autres raisons, ont besoin d'une protection internationale, et relatives au contenu de ces statuts. »

Art. 81. Dans le titre V, sous-titre 3, chapitre 3, du même décret, il est inséré un article 5.31*bis*, libellé comme suit :

« Article 5.31*bis*. Possibilité de nomination à 55 ans

Le membre du personnel qui aura au moins 55 ans au cours de l'année calendrier concernée peut, à sa demande et moyennant l'accord du Gouvernement, être nommé à titre définitif dans un emploi occupé d'une fonction de recrutement si les conditions suivantes sont remplies :

1° il remplit toutes les conditions requises au moment de la nomination;

2° il introduit par écrit, pour le 15 mai au plus tard de l'année calendrier concernée, une demande en ce sens auprès du pouvoir organisateur;

3° il est en service depuis au moins le 1^{er} septembre de l'année scolaire concernée;

4° il est désigné à titre temporaire ou nommé à titre définitif pour un horaire incomplet. »

Art. 82. Dans l'article 5.38, § 1^{er}, alinéa 1^{er}^{er}, 2^o, du même décret, modifié par le décret du 21 avril 2008, les mots « le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, » sont remplacés par les mots « le congé prophylactique, la période pendant laquelle le membre du personnel est dispensé de toute activité dans le cadre de la protection de la maternité ou de la menace d'une maladie professionnelle, le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officieuse, les congés de circonstance ».

Art. 83. L'article 5.51, alinéa 1^{er}^{er}, 1^o, littéra a), du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« a) une des conditions énoncées à l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}^{er}, 1^o, pour les membres du personnel désignés à titre temporaire ou à l'article 5.31, alinéa 1^{er}^{er}, 1^o, pour les membres du personnel nommés à titre définitif; ».

Art. 84. Dans les articles 5.41, § 1, 5.88, § 2, et 5.102, § 2, du même décret, le mot « double » est remplacé par « triple » et le mot « deux » par « trois ».

Art. 85. Dans les articles 5.88, § 1^{er}, alinéa 3, et 5.102, § 1^{er}, alinéa 3, du même décret, le mot « satisfaisant » est remplacé par les mots « insatisfaisant, suffisant ».

CHAPITRE XXI. — *Modification du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement - 2005*

Art. 86. Dans l'article 33 du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement - 2005, l'alinéa suivant est inséré après l'alinéa 2 :

« Par dérogation au deuxième alinéa, le congé peut également être accordé pour une période inférieure à un mois, cette période étant considérée comme un mois entier pour fixer les trois mois disponibles ».

CHAPITRE XXII. — *Modification du décret du 25 juin 2007 portant des mesures en matière d'enseignement - 2007*

Art. 87. Dans le décret du 25 juin 2007 portant des mesures en matière d'enseignement - 2007, il est inséré un chapitre XXXbis, contenant l'article 85bis, libellé comme suit :

« CHAPITRE XXXbis. — Limitation des nominations à titre définitif auprès de l'académie de musique de la Communauté germanophone

Art. 85bis - Le présent chapitre s'applique à l'académie de musique de la Communauté germanophone.

Pour l'année scolaire 2008-2009, le pourcentage de nominations à titre définitif auprès de l'académie de la Communauté germanophone peut représenter au plus 85 % du capital périodes. »

CHAPITRE XXIII. — *Dispositions abrogatoires*

Art. 88. L'article 16, § 1, A, a), dernier alinéa, de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique, inséré par le décret du 6 juin 2005, est abrogé.

Art. 89. Dans l'article 3, § 2, de la loi du 1^{er} avril 1960 sur les offices d'orientation scolaire et professionnelle et les centres psycho-médico-sociaux, modifié par l'arrêté royal n° 467 du 1^{er} octobre 1986, les deux derniers alinéas sont abrogés.

Dans l'article 4, § 2, de la même loi, modifié par l'arrêté royal n° 467 du 1^{er} octobre 1986, les deux derniers alinéas sont abrogés.

Art. 90. L'article 3 de l'arrêté royal du 17 mars 1967 fixant les titres de capacité jugés suffisants pour les membres du personnel des établissements libres d'enseignement moyen et normal est abrogé.

Art. 91. L'arrêté royal du 31 juillet 1969 déterminant les règles selon lesquelles est fixée la composition des jurys de promotion prévus par l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié par l'arrêté royal du 28 juin 1972, est abrogé.

Art. 92. Les articles 2, § 2, et 5 de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire, l'article 6 du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 14 juin 1985 et par le décret du 17 mai 2004, ainsi que l'article 11, alinéa 2, du même arrêté royal, sont abrogés.

Art. 93. L'article 5 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psycho-pédagogique, l'article 6 du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 17 septembre 1976 et les arrêtés du Gouvernement des 6 février 1991 et 21 mai 1996, ainsi que l'article 11, alinéa 2, du même arrêté royal sont abrogés.

Art. 94. L'article 5 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés, l'article 6 du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 17 septembre 1976 et par l'arrêté du Gouvernement du 6 février 1991, ainsi que l'article 11, alinéa 2, du même arrêté royal sont abrogés.

Art. 95. L'article 5 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale, l'article 6 du même arrêté royal, modifié par l'arrêté royal du 17 septembre 1976 et par l'arrêté du Gouvernement des 6 février 1991 ainsi que l'article 11, alinéa 2, du même arrêté royal, sont abrogés.

Art. 96. L'arrêté ministériel du 6 novembre 2006 portant nomination des membres de la commission chargée de donner des avis à propos du recrutement de porteurs de titres jugés suffisants autres que ceux du groupe A est abrogé.

Art. 97. Les articles 31 et 32 du décret du 25 juin 2007 portant des mesures en matière d'enseignement - 2007 sont suspendus jusqu'à une date à fixer par le Gouvernement.

CHAPITRE XXIV. — *Entrée en vigueur*

Art. 98. L'article 88 produit ses effets le 1^{er} septembre 2004.

L'article 43 produit ses effets le 1^{er} septembre 2005.

Les articles 17, 18, 25, 38, 54, 55, 70, 79, 84 et 85 produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2007.

Les articles 2, 3, 4, 6, alinéas 1^{er}, 2 et 4, les articles 16, 19, 20, 22, alinéas 1^{er}, 2 et 4, les articles 27, 28, 29, 30, 31, 33, 35, alinéas 1^{er}, 2 et 4, les articles 41, 42, 46, 47, 48, 49, 1^o et 3^o, l'article 50, alinéas 1, 2 et 5, les articles 53, 56, 57, 59, 61, 62, 63, 64, 1^o et 3, l'article 66, alinéas 1, 2 et 5, ainsi que les articles 72, 73, 74, 75, 77, 78, 80, 83, 90, 92, 93, 94, 95 et 96 produisent leurs effets le 1^{er} avril 2008.

L'article 86 produit ses effets le 1^{er} janvier 2008.

Les articles 7, 23, 36, 51, 67 et 81 produisent leurs effets le 1^{er} mai 2008.

Les articles 11, 13, 60, 69 et 71 produisent leurs effets le 1^{er} juin 2008.

Les articles 45 et 56 entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2008.

Les articles 5, 6, alinéa 3, 8, 9, 10, 12, 14, 15, 21, 22, alinéa 3, 24, 26, 32, 34, 35, alinéa 3, 37, 39, 40, 44, 49, 2^o, 50, alinéa 3, 52, 64, 2^o, 66, alinéa 3, 68, 76, 82, 87, 89, 91 et 97 entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2008.

Les articles 50, alinéa 3, 65 et 66, alinéa 4, entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2009.

L'article 1^{er} entre en vigueur le 1^{er} septembre 2009.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 23 juin 2008.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES,

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

—————
Note

(1) *Session 2007-2008.*

Documents parlementaires. — Projet de décret, 129 - N^o 1. — Propositions d'amendement, 129 - N^{os} 2-4. Rapport, 129 - N^o 5. — Propositions d'amendement au texte adopté par la commission, 129. N^{os} 6-7.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 23 juin 2008.

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2008 — 3592

[C - 2008/33082]

23 JUNI 2008. — Decreet houdende maatregelen inzake onderwijs - 2008 (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :
HOOFDSTUK I. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 8 april 1959 tot regeling van het stelsel der dienstprestaties van de surveillanten en studiemeesters bij de Rijksinrichtingen voor middelbaar en technisch onderwijs*

Artikel 1. In artikel 2, lid 3, van het koninklijk besluit van 8 april 1959 tot regeling van het stelsel der dienstprestaties van de surveillanten en studiemeesters bij de Rijksinrichtingen voor middelbaar en technisch onderwijs wordt de eerste zin vervangen door de volgende bepaling :

« De uren aanwezigheid gedurende de nacht, tussen het slapengaan en het opstaan van de leerlingen, wordt geteld voor vijf uur dienst ».

HOOFDSTUK II. — *Wijziging van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het rijksonderwijs*

Art. 2. Artikel 4, § 1, 1^o, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1^o één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van § 2; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezet en onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Hetzelfde artikel wordt met een § 3 aangevuld, luidend als volgt :

« § 3. Paragraaf 1, 1^o, littera *b)* tot *d)*, dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezet en onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

HOOFDSTUK III. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 29 augustus 1966 houdende het statuut van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs*

Art. 3. Artikel 12, 1°, van het koninklijk besluit van 29 augustus 1966 houdende het statuut van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezet en onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Hetzelfde artikel wordt met een tweede lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezet en onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

HOOFDSTUK IV. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Art. 4. Artikel 16, lid 1, 1°, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezet en onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Art. 16, lid 1, 5°, b), van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt; ».

Hetzelfde artikel wordt met een vierde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezet en onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 5. In artikel 17, lid 1, 3°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt de passus « Het bevallingsverlof en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

Art. 6. Artikel 39, lid 1, 1°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 1996, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezet en onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5°, *b*), van hetzelfde lid, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« *b*) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt; ».

In punt 8° van hetzelfde lid, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt de passus « Het bevallingsverlof en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

Hetzelfde artikel wordt met een derde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera *b*) tot *d*), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetenen onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 7. In hoofdstuk III, afdeling 3, onderafdeling 3, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt een artikel *39bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *39bis*. Mogelijke benoeming op 55 jaar

Een personeelslid dat in de loop van het betrokken kalenderjaar ten minste 55 jaar oud is, kan op verzoek en mits toestemming van de Regering in een niet-vacante betrekking van een wervingsambt in vast verband worden benoemd, voor zover er aan de volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° het vervult alle vereiste voorwaarden op het tijdstip van de benoeming;

2° het dient, vóór 15 mei van het betrokken kalenderjaar, een dienovereenkomstig schriftelijk verzoek in bij de inrichtende macht;

3° het is sinds ten minste 1 september van het betrokken schooljaar in dienst;

4° het is tijdelijk aangewezen of voor een onvolledig leerplan vastbenoemd. »

Art. 8. In artikel 40, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007 en gewijzigd bij het decreet van 21 april 2008, wordt de passus « het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij » vervangen door « het voorbehoedend verlof, de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij, het verlof voor persoonlijke omstandigheden ».

Art. 9. Artikel 83, lid 1, 6°, van hetzelfde koninklijk besluit, wordt opgeheven.

Art. 10. In artikel 85, *a*), van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006 wordt de passus « het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij » vervangen door « het voorbehoedend verlof, de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij, het verlof voor persoonlijke omstandigheden ».

Art. 11. In hoofdstuk VII van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 16 februari 1983, het besluit van de Regering van 2 maart 1995 en het decreet van 26 juni 2006, wordt een artikel *91bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *91bis*. In afwijking van de artikelen 78 tot en met 91 wordt een personeelslid vastbenoemd in een selectieambt bij een school die ofwel fusioneert met een school behorend tot een inrichtende macht van het gesubsidieerd officieel of vrij onderwijs ofwel wordt overgenomen door zo'n inrichtende macht, geacht vastbenoemd te zijn in dit ambt bij een andere school van het gemeenschapsonderwijs, als volgende voorwaarden vervuld zijn :

1° het betreffende personeelslid bekleedt een bevorderingsambt sinds ten minste drie schooljaren in het kader van een verlof voor de uitoefening van hetzelfde of een ander ambt;

2° op het ogenblik van de benoeming is er in de school waarin het personeelslid gereffecteerd wordt ten minste een voltijdse betrekking in het wervingsambt dat toegang verleent tot het bevorderingsambt waarin het personeelslid vastbenoemd is;

3° het betreffende personeelslid dient tot 15 juni een dienovereenkomstig schriftelijke aanvraag bij de inrichtende macht in.

De nieuwe toewijzing geschiedt op 1 juli van het kalenderjaar waarin de fusie of overneming plaatsvindt. »

Art. 12. Artikel 97, lid 1, 7°, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 2 maart 1995, wordt opgeheven.

Art. 13. In hoofdstuk VIII, afdeling 2, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 27 mei 1981, het besluit van de Regering van 2 maart 1995 en het decreet van 17 mei 2004, wordt een artikel *102bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *102bis*. Fusioneert een basisschool van de Duitstalige Gemeenschap met een basisschool van een inrichtende macht van het gesubsidieerd officieel of vrij onderwijs of wordt ze door zo'n inrichtende macht overgenomen, dan kan de inrichtende macht van het gemeenschapsonderwijs, in afwijking van de artikelen 92 tot en met 102 een personeelslid vastbenoemen in het ambt van schoolhoofd van een basisschool of van hoofdonderwijzer, als volgende voorwaarden vervuld zijn :

1° het betreffende personeelslid voldoet aan de in artikel 97 vermelde voorwaarden, met uitzondering van die vermeld onder 8°;

2° het personeelslid bekleedt sinds ten minste drie schooljaren een bevorderingsambt in het kader van een verlof voor de uitoefening van hetzelfde of van een ander ambt;

3° er is een definitief vacante betrekking op het ogenblik van de benoeming;

4° het betreffende personeelslid dient tot 15 juni een dienovereenkomstige schriftelijke aanvraag bij de inrichtende macht in.

De in lid 1 vermelde benoeming geschiedt op 2 juli van het kalenderjaar waarin de fusie of overneming plaatsvindt.»

Art. 14. Artikel 106, lid 1, 8°, van hetzelfde koninklijk besluit wordt opgeheven.

Art. 15. Artikel 114 van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 114. Elke bevorderingscommissie wordt samengesteld uit :

1° een voorzitter uitgekozen onder de ambtenaren of contractuele personeelsleden van niveau I van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, die in actieve dienst of in ruste zijn;

2° twee leden uitgekozen onder de ambtenaren of contractuele personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap van niveau I;

3° vier leden uitgekozen onder de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel van het gemeenschaps- onderwijs, die ten minste titularis zijn van het te begeven ambt, onder de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel van de autonome hogeschool of onder de leden van de pedagogische inspectiebegeleiding;

4° drie leden uitgekozen en voorgesteld door de representatieve vakverenigingen van het gemeenschapsonderwijs die tenminste titularis zijn van het te begeven ambt;

5° een secretaris uitgekozen onder de ambtenaren of contractuele personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

Voor elk commissie lid 1 vermeld lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen. De secretaris is niet stemgerechtigd.

De Regering wijst de leden en plaatsvervangende leden aan. »

Art. 16. Artikel 121^{ter}, lid 1, 1°, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° aan één van de volgende voorwaarden voldoen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezet en onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Hetzelfde artikel wordt met een tweede lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezet en onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 17. In artikel 121^{nonies}, § 1, lid 1, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, wordt de passus « of met zijn werkelijke geldelijke anciënniteit, indien deze meer dan 19 jaar bedraagt » na de passus « met een geldelijke anciënniteit van 19 jaar » ingevoegd.

Art. 18. In artikel 24, § 3, en in artikel 68, § 1, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006 worden de woorden « in tweevoud » en « beide exemplaren » vervangen door « in drievoud » resp. « de drie exemplaren ».

In artikel 121^{undecies}, § 2, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, worden de woorden « twee exemplaren » en « beide exemplaren » vervangen door « drie exemplaren » resp. « de drie exemplaren ».

Art. 19. Artikel 168, 2°, littera a), van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 17 mei 2004, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« a) één van de voorwaarden vermeld in artikel 16, lid 1, 1°, voor de tijdelijk aangewezen personeelsleden of in artikel 39, lid 1, 1°, voor de vastbenoemde personeelsleden; »

HOOFDSTUK V. — Wijziging van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlite, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap

Art. 20. Artikel 4, § 1, 1°, van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlite, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezet en onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5°, b), van hetzelfde lid, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt; »

Hetzelfde paragraaf wordt met een vierde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetenen onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchtelingen of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 21. In artikel 5, § 1, lid 1, 3°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt de passus « Het bevallingsverlof en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

Art. 22. Artikel 22*sexies*, lid 1, 1°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezetenen onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5°, b), van hetzelfde lid, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt; »

In punt 8° van hetzelfde lid, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006 wordt de passus « Het bevallingsverlof, de moederschapsbescherming en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

Hetzelfde artikel wordt met een vierde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetenen onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchtelingen of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 23. In hoofdstuk III, afdeling 3, onderafdeling 3, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt een artikel 22*sexies*1 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 22*sexies*1. Mogelijke benoeming op 55 jaar

Een personeelslid dat in de loop van het betrokken kalenderjaar ten minste 55 jaar oud is, kan op verzoek en mits toestemming van de Regering in een niet-vacante betrekking van een wervingsambt in vast verband worden benoemd, voor zover er aan de volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° het vervult alle vereiste voorwaarden op het tijdstip van de benoeming;

2° het dient, vóór 15 mei van het betrokken kalenderjaar, een dienovereenkomstig schriftelijk verzoek in bij de inrichtende macht;

3° het is sinds ten minste 1 september van het betrokken schooljaar in dienst;

4° het is tijdelijk aangewezen of voor een onvolledig leerplan vastbenoemd. »

Art. 24. In artikel 22*septies*, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007 en gewijzigd bij het decreet van 21 april 2008, wordt de passus « het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij » vervangen door de passus « het voorbehoedend verlof, de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij, het verlof voor persoonlijke omstandigheden ».

Art. 25. In artikel 12, § 3, en 29, § 1, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, worden de woorden « in tweevoud » en « beide exemplaren » vervangen door de woorden « in drievoud » resp. « de drie exemplaren ».

Art. 26. In hoofdstuk IX, afdeling 4, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 14 november 1978 en 1 augustus 1984, wordt een artikel 47bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 47bis. § 1. In het basis- en secundair onderwijs worden de leermeesters en leraars godsdienst die in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking worden gesteld, voorlopig in het gesubsidieerd officieel of vrij onderwijs gereffecteerd resp. als leermeester of leraar godsdienst in een ander onderwijsniveau wedertewerkgesteld, behalve als de betrokken personeelsleden afstand doen van de dienovereenkomstige wachtwedde.

In het basis- en secundair onderwijs worden de leermeesters en leraars godsdienst die in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap vastbenoemd zijn en aan wie niet ten minste het aantal lestijden waarvoor zij benoemd zijn, kan worden toegewezen, met voorrang tot elke tijdelijke aanwijzing of elke vaste benoeming, voor de omvang van het lestijdenverlies als leermeester of leraar godsdienst voorlopig in hetzelfde of in een ander onderwijsniveau tewerkgesteld, behalve als de betrokken personeelsleden afstand doen van de dienovereenkomstige wachtwedde.

§ 2. In het basis- en secundair onderwijs worden de leermeesters en leraars godsdienst die geheel of gedeeltelijk bij een inrichtende macht van het gesubsidieerd officieel onderwijs wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking worden gesteld, voorlopig in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap of het gesubsidieerd vrij onderwijs gereffecteerd resp. als leermeester of leraar godsdienst in een ander onderwijsniveau wedertewerkgesteld, behalve als de betrokken personeelsleden afstand doen van de dienovereenkomstige wachtweddetoelage.

§ 3. In het basis- en secundair onderwijs worden de leermeesters en leraars godsdienst die geheel of gedeeltelijk bij een inrichtende macht van het gesubsidieerd vrij onderwijs wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking worden gesteld, voorlopig in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap of het gesubsidieerd officieel onderwijs gereffecteerd resp. als leermeester of leraar godsdienst in een ander onderwijsniveau wedertewerkgesteld, behalve als de betrokken personeelsleden afstand doen van de dienovereenkomstige wachtweddetoelage.

§ 4. In de gevallen vermeld in de §§ 1 à 3 kan een reffectatie of een wedertewerkstelling door een overgang van het gewoon naar het buitengewoon onderwijs alleen met de toestemming van het betrokken personeelslid plaatsvinden.

§ 5. Voordat de in de §§ 1 à 3 bedoelde reffectatie, wedertewerkstelling of uurroosteraanvulling plaatsvindt, brengen de betrokken reffectatiecommissies een advies uit overeenkomstig de wettelijke en reglementaire bepalingen.

§ 6. Voorliggend artikel geldt onverminderd de bepalingen van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtweddetoelage in het gesubsidieerd onderwijs. »

Art. 27. Artikel 48 van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 48. Artikel 168, 1°, 2°, 3°, 4°, 7° en 8°, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, is toepasselijk op de personeelsleden vermeld in artikel 1. »

HOOFDSTUK VI. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs*

Art. 28. In de tabel opgenomen in artikel 11 van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs, laatst gewijzigd bij het decreet van 17 mei 2004, worden de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen van de groep B geschrapt.

HOOFDSTUK VII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar*

Art. 29. In de tabel opgenomen in artikel 11 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar, laatst gewijzigd bij het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 31 augustus 2000, worden de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen van de groep B geschrapt.

HOOFDSTUK VIII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs georganiseerd in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor normaalonderwijs*

Art. 30. In de tabel opgenomen in artikel 11 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs georganiseerd in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor normaalonderwijs, laatst gewijzigd bij het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 31 augustus 2000, worden de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen van de groep B geschrapt.

HOOFDSTUK IX. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie*

Art. 31. In de tabel opgenomen in artikel 11 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie, laatst gewijzigd bij het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 31 augustus 2000, worden de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen van de groep B geschrapt.

HOOFDSTUK X. — Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtweddetoelage in het gesubsidieerd onderwijs

Art. 32. In het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtweddetoelage in het gesubsidieerd onderwijs wordt een artikel *7bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *7bis*. § 1. In het basis- en secundair onderwijs worden de leermeesters en leraars godsdienst die in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap wegens ontstentenis van betrekking worden gesteld, voorlopig in het gesubsidieerd officieel of vrij onderwijs gereffecteerd resp. als leermeester of leraar godsdienst in een ander onderwijsniveau wedertewerkgesteld, behalve als de betrokken personeelsleden afstand doen van de dienovereenkomstige wachtwedde.

In het basis- en secundair onderwijs worden de leermeesters en leraars godsdienst die in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap vastbenoemd zijn en aan wie niet ten minste het aantal lestijden waarvoor zij benoemd zijn, kan worden toegewezen, met voorrang tot elke tijdelijke aanwijzing of elke vaste benoeming, voor de omvang van het lestijdenverlies als leermeester of leraar godsdienst in hetzelfde of in een ander onderwijsniveau tewerkgesteld, behalve als de betrokken personeelsleden afstand doen van de dienovereenkomstige wachtwedde.

§ 2. In het basis- en secundair onderwijs worden de leermeesters en leraars godsdienst die geheel of gedeeltelijk bij een inrichtende macht van het gesubsidieerd officieel onderwijs wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking worden gesteld, voorlopig in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap of het gesubsidieerd vrij onderwijs gereffecteerd resp. als leermeester of leraar godsdienst in een ander onderwijsniveau wedertewerkgesteld, behalve als de betrokken personeelsleden afstand doen van de dienovereenkomstige wachtweddetoelage.

§ 3. In het basis- en secundair onderwijs worden de leermeesters en leraars godsdienst die geheel of gedeeltelijk bij een inrichtende macht van het gesubsidieerd vrij onderwijs wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking worden gesteld, voorlopig in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap of het gesubsidieerd officieel onderwijs gereffecteerd resp. als leermeester of leraar godsdienst in een ander onderwijsniveau wedertewerkgesteld, behalve als de betrokken personeelsleden afstand doen van de dienovereenkomstige wachtweddetoelage.

§ 4. In de gevallen vermeld in de §§ 1 à 3 kan een reffectatie of een wedertewerkstelling door een overgang van het gewoon naar het buitengewoon onderwijs alleen met de toestemming van het betrokken personeelslid plaatsvinden.

§ 5. Voordat de in de §§ 1 à 3 bedoelde reffectatie, wedertewerkstelling of uurroosteraanvulling plaatsvindt, brengen de betrokken reffectatiecommissies een advies uit overeenkomstig de wettelijke en reglementaire bepalingen.

§ 6. Voorliggend artikel geldt onverminderd andere bepalingen van dit besluit. »

HOOFDSTUK XI. — Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra vallen

Art. 33. Artikel 12, lid 1, 1°, van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra en van de inspectiedienst belast met toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra vallen, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezetener onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5°, b), van hetzelfde lid, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt; ».

Hetzelfde artikel wordt met een vierde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetener onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 34. In artikel 13, § 1, lid 1, 3°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt de passus « Het bevallingsverlof en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

Art. 35. Artikel 30, lid 1, 1°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezetenen onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5°, b), van hetzelfde lid, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt; ».

In punt 8° van hetzelfde lid, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt de passus « Het bevallingsverlof, de moederschapsbescherming en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

Hetzelfde artikel wordt met een derde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetenen onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchtelingen of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 36. In hoofdstuk III, afdeling 3, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt een artikel 30bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 30bis. Mogelijke benoeming op 55 jaar

Een personeelslid dat in de loop van het betrokken kalenderjaar ten minste 55 jaar oud is, kan op verzoek en mits toestemming van de Regering in een niet-vacante betrekking van een wervingsambt in vast verband worden benoemd, voor zover er aan de volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° het vervult alle vereiste voorwaarden op het tijdstip van de benoeming;

2° het dient, vóór 15 mei van het betrokken kalenderjaar, een dienovereenkomstig schriftelijk verzoek in bij de inrichtende macht;

3° het is sinds ten minste 1 september van het betrokken schooljaar in dienst;

4° het is tijdelijk aangewezen of voor een onvolledig leerplan vastbenoemd. »

Art. 37. In artikel 31, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007 en gewijzigd bij het decreet van 21 april 2008, wordt de passus « het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij » vervangen door « het voorbehoedend verlof, de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij, het verlof voor persoonlijke omstandigheden ».

Art. 38. In de artikelen 21, § 3, en 56, § 1, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, worden de woorden « in tweevoud » en « beide exemplaren » vervangen door « in drievoud » resp. « de drie exemplaren ».

Art. 39. In artikel 73, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt de passus « het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij » vervangen door « het voorbehoedend verlof, de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij, het verlof voor persoonlijke omstandigheden ».

Art. 40. In artikel 87, § 1, 2°, en § 2, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt de passus « het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij » vervangen door « het voorbehoedend verlof, de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij, het verlof voor persoonlijke omstandigheden ».

Art. 41. Artikel 196, 1°, littera a), van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 17 mei 2004, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« a) één van de voorwaarden vermeld in artikel 12, lid 1, 1°, voor de tijdelijk aangewezen personeelsleden of in artikel 30, lid 1, 1°, voor de vastbenoemde personeelsleden; ».

HOOFDSTUK XII. — *Wijziging van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan*

Art. 42. Artikel 10, § 6, lid 3, van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan, gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2001, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De wedde of de weddetoelage bedoeld in lid 1 worden slechts toegekend, als de inrichtende macht het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap er schriftelijk van heeft geïnformeerd dat geen gekwalificeerd personeelslid werd gevonden dat de betrekking als hoofdberoep kan uitoefenen. »

HOOFDSTUK XIII. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald*

Art. 43. Artikel 53ter, lid 1, van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald, ingevoegd bij het decreet van 17 mei 2004, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Voor de schooljaren 2004-2005 tot en met 2008-2009 wordt naast het lestijdenpakket verkregen overeenkomstig artikel 5ter een lestijdenpakket toegekend voor de integratie van leerlingen die krachtig moeten worden gesteund in het gewoon basisonderwijs. »

HOOFDSTUK XIV. — *Wijziging van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs*

Art. 44. In artikel 24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs wordt een vierde lid ingevoegd, luidend als volgt :

« In afwijking van het voorafgaande lid kan de Regering beslissen dat de personen belast met de opvoeding in geval van een overneming van een school door een andere inrichtende macht ook recht hebben op een gedeeltelijke terugbetaling van de kosten aangegaan voor het vervoer van de leerlingen naar de overgenomen school die niet de dichtstbij gelegen school naar vrije keuze is, op voorwaarde dat deze school vóór de overneming de dichtstbij gelegen school naar vrije keuze was. De personen belast met de opvoeding zijn diegenen van leerlingen die de betreffende school reeds op het ogenblik van de overneming bezoeken of van hun zusters of broeders. »

Art. 45. In artikel 34, lid 2, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, vervangen bij het decreet van 25 mei 1999, wordt het woord « derde » door « laatste » vervangen.

In hetzelfde artikel, lid 3, ingevoegd bij het decreet van 23 oktober 2000, wordt de passus « na de derde werkdag vóór het begin van » door « tijdens » vervangen.

HOOFDSTUK XV. — *Wijziging van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-Centrum*

Art. 46. Artikel 33, lid 1, 1°, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-Centrum, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezetene onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5° van hetzelfde lid wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 5° houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs dat overeenstemt met het te bekleden ambt, of in drie schooljaren een afwijking bepaald in artikel 33bis, leden 2 en 3, hebben verkregen voor het te bekleden ambt, voor zover er voldaan wordt aan volgende voorwaarden :

a) er zijn niet meer dan vijf schooljaren tussen de eerste en de derde afwijking;

b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt;

c) op de beoordelingsstaat betreffende de derde afwijking staat ten minste de vermelding « voldoende » als eindconclusie;

d) als het gaat om een lid van het bestuurs- of onderwijzend personeel, moet het houder zijn van een pedagogisch bekwaamheidsbewijs toegekend op basis van een opleiding waarvan de Regering de belangrijkste elementen aan de goedkeuring van het Parlement voorlegt. »

Punt 8° van hetzelfde lid wordt geschrapt.

Hetzelfde artikel wordt met een vierde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetenen onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchtelingen of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 47. Artikel 33bis van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006, wordt aangevuld met drie leden, luidend als volgt :

« Voldoet geen kandidaat aan de in artikel 33, lid 1, 5°, vermelde voorwaarde, dan kan de inrichtende macht - in afwijking van artikel 33 - een kandidaat tijdelijk aanstellen dat noch houder is van een vereist bekwaamheidsbewijs noch van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van de groep A, zoals ze voor het te bekleden ambt bepaald zijn.

De inrichtende macht mag van de in artikel 33, lid 1, 5°, vermelde voorwaarde afwijken, als het gaat om een personeelslid dat houder is van een bekwaamheidsbewijs dat een vereist bekwaamheidsbewijs of een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van de groep A zou zijn, indien het personeelslid over het pedagogisch bekwaamheidsbewijs in samenhang met het te bekleden ambt zou beschikken. Deze afwijkingmogelijkheid geldt voor een periode van drie opeenvolgende schooljaren, gerekend vanaf 1 september van het schooljaar van de eerste aanwijzing. Onverminderd het eerste lid mag deze afwijkingmogelijkheid bij de eerste aanwijzing van een personeelslid in het betrokken ambt niet worden toegepast, als kandidaten houders zijn van het vereiste bekwaamheidsbewijs.

Wordt een personeelslid krachtens lid 2 voor ten minste 15 weken aangesteld, dan zendt de inrichtende macht een schriftelijke verklaring aan het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap waaruit blijkt dat geen gekwalificeerd personeelslid werd gevonden dat aan alle voorwaarden voldoet om te worden aangesteld. »

Art. 48. In hoofdstuk III, afdeling 2, onderafdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 33ter ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 33ter. Behalve als artikel 33bis, lid 3, werd toegepast, kan een personeelslid dat de in artikel 33, lid 1, 5° en 7°, vermelde voorwaarden vervult en zich bij een inrichtende macht voor een betrekking in het betrokken ambt kandidaat heeft gesteld, een beroep indienen tegen de aanstelling voor een termijn van ten minste 15 werken van een ander personeelslid dat aan de bovenvermelde voorwaarden niet voldoet.

Het beroep wordt per aangetekende brief bij de inrichtende macht ingediend en bevat het bewijs dat de klager zich voor het betrokken ambt kandidaat heeft gesteld.

Als de inrichtende macht en de klager niet tot een minnelijke schikking komen, beschikt deze laatste over een termijn van 60 kalenderdagen om bij de Regering een beroep per aangetekende brief in te dienen. De termijn van 60 kalenderdagen begint op de dag waarop de klager werkelijk kennis heeft gekregen van de aanstelling en voor zover deze dag binnen het schooljaar van de aanstelling valt. Elk beroep buiten deze termijn is onontvankelijk.

Na ontvangst van het beroep nodigt de Regering onmiddellijk de inrichtende macht uit, de bestreden aanstelling schriftelijk te verantwoorden. De inrichtende macht beschikt over een termijn van 14 kalenderdagen om de Regering deze verantwoording te betekenen. Zij begint op de dag waarop het verzoek om verantwoording wordt gezonden, waarbij de stempel van de post als bewijs geldt. Levert de inrichtende macht deze verantwoording niet, dan verliest zij - vanaf de eerste dag van de maand volgend op het verstrijken van de termijn van twee maanden - het recht op de weddetoelage ten gunste van het personeelslid tegen wiens aanstelling een beroep werd ingediend.

Na ontvangst van het antwoord van de betrokken inrichtende macht gaat de Regering na of de aanstelling overeenkomstig de bepalingen van voorliggend decreet gebeurde en behoorlijk met redenen omkleed werd.

Komt de Regering tot de conclusie dat bovenvermelde bepalingen nageleefd werden en dat de aanstelling verantwoord is, worden de klager en de inrichtende macht onmiddellijk per aangetekende brief er op de hoogte van gesteld.

Komt de Regering tot de conclusie dat bovenvermelde bepalingen niet nageleefd werden en dat de aanstelling niet verantwoord is, dan verliest de inrichtende macht - vanaf de eerste dag van de maand volgend op de mededeling van de beslissing van de Regering - het recht op de weddetoelage ten gunste van het personeelslid wiens aanstelling onregelmatig is. Deze beslissing wordt per aangetekende brief aan de klager én aan de inrichtende macht medegedeeld.

Daar de aanstelling van een personeelslid dat de in artikel 33, lid 1, 5°, vermelde voorwaarden niet vervult, tot het betrokken schooljaar beperkt is, vervalt elk beroep van rechtswege op 30 juni van dat schooljaar. »

Art. 49. Artikel 35 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen als volgt :

§ 1, 2°, wordt vervangen als volgt :

« 2° hij vervult de voorwaarden bepaald in artikel 33, lid 1, 5°. »

In § 1, lid 1, 3°, wordt de passus « Het bevallingsverlof en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

3° Hetzelfde § 1, lid 2, wordt vervangen als volgt :

« Als een kandidaat dienstdagen in een ander ambt van de betrokken categorie heeft gepresteerd waarvoor hij houder is van het vereiste bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van de groep A, dan worden deze dienstdagen bij de in lid 1, 3°, vermelde dagen gevoegd die in aanmerking komen om de voorrang te verlenen, voor zover de kandidaat ten minste 360 dienstdagen telt in het ambt waarvoor hij zich kandidaat stelt. »

Art. 50. Artikel 49, § 1, 1°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezeten onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5° van hetzelfde lid wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 5° houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs dat overeenstemt met het te bekleden ambt, of in drie schooljaren een afwijking bepaald in artikel 33bis, leden 2 en 3, hebben verkregen voor het te bekleden ambt, voor zover er voldaan wordt aan volgende voorwaarden :

a) er zijn niet meer dan vijf schooljaren tussen de eerste en de derde afwijking;

b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt;

c) op de beoordelingsstaat betreffende de derde afwijking staat ten minste de vermelding « voldoende » als eindconclusie;

d) als het gaat om een lid van het bestuurs- of onderwijzend personeel, moet het houder zijn van een pedagogisch bekwaamheidsbewijs toegekend op basis van een opleiding waarvan de Regering de belangrijkste elementen aan de goedkeuring van het Parlement voorlegt. »

In punt 8° van hetzelfde paragraaf wordt de passus « Het bevallingsverlof, de moederschapsbescherming en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

Hetzelfde paragraaf wordt met een tweede lid aangevuld, luidend als volgt :

« Als een definitief aangesteld personeelslid dienstdagen in een ander ambt van de betrokken categorie heeft gepresteerd waarvoor hij houder is van het vereiste bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van de groep A, dan worden deze dienstdagen bij de in lid 1, 8°, vermelde dagen gevoegd die in aanmerking komen om de voorrang te verlenen, voor zover de kandidaat ten minste 360 dienstdagen telt in het ambt waarvoor hij zich kandidaat stelt. »

Hetzelfde paragraaf wordt met een derde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetene onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 51. In hoofdstuk III, afdeling 3, van hetzelfde decreet wordt een artikel 49bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 49bis. Mogelijke aanstelling op 55 jaar

Een personeelslid dat in de loop van het betrokken kalenderjaar ten minste 55 jaar oud is, kan op verzoek en mits toestemming van de Regering in een niet-vacante betrekking van een wervingsambt definitief worden aangesteld, voor zover er aan de volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° het vervult alle voorwaarden op het tijdstip van de benoeming;

2° het dient, vóór 15 mei van het betrokken kalenderjaar, een dienovereenkomstig schriftelijk verzoek in bij de inrichtende macht;

3° het is sinds ten minste 1 september van het betrokken schooljaar in dienst;

4° het is tijdelijk aangewezen of voor een onvolledig leerplan vastbenoemd. »

Art. 52. In artikel 55, § 1, 2°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 21 april 2008 wordt de passus « het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij » vervangen door « het voorbehoedend verlof, de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij, het verlof voor persoonlijke omstandigheden ».

Art. 53. Artikel 69.2, 1°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° aan één van de volgende voorwaarden voldoen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezetene onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Hetzelfde artikel wordt met een tweede lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1^o, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetenen onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 54. In artikel 69.8, § 1, lid 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, wordt de passus « of met zijn werkelijke geldelijke anciënniteit, indien deze meer dan 19 jaar bedraagt » na de passus « met een geldelijke anciënniteit van 19 jaar » ingevoegd.

Art. 55. In de artikelen 39bis, § 3, en 69.10, § 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006, alsmede in artikel 69.16, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2007, worden de woorden « in tweevoud » en « beide exemplaren » vervangen door « in drievoud » resp. « de drie exemplaren ».

Art. 56. Artikel 79, lid 1, 1^o, a), van hetzelfde decreet, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« a) één van de voorwaarden vermeld in artikel 33, lid 1, 1^o, voor de tijdelijk aangewezen personeelsleden of in artikel 49, § 1, 1^o, voor de vastbenoemde personeelsleden; ».

Art. 57. Artikel 119 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 119. Afwijkingen inzake diploma die personeelsleden in de schooljaren 2006-2007 en/of 2007-2008 krachtens de toen geldige afwijkingbepalingen werden verleend, worden als afwijkingen in de zin van artikel 33bis beschouwd. De betrokken personeelsleden hoeven niet het in artikel 33, lid 1, 5^o, vermeld pedagogisch bekwaamheidsbewijs te verkrijgen. »

HOOFDSTUK XVI. — *Wijziging van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs*

Art. 58. In artikel 9, § 1, lid 2, 1^o, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007, wordt de passus « in het kader van een arbeidsovereenkomst met een minimale duur van 6 maanden » in fine ingevoegd.

In hetzelfde lid, 2^o, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007, wordt de passus « in een school » vervangen door « in dezelfde school ».

Art. 59. Artikel 40, lid 1, 1^o, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1^o ze kan niet leiden tot een toename van het aantal scholen of vestigingsplaatsen bestaande op de dag van de inwerkingtreding van dit decreet, behalve als de Regering ermee instemt; ».

De leden 2 en 3 van hetzelfde artikel worden opgeheven.

HOOFDSTUK XVII. — *Wijziging van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003*

Art. 60. Artikel 2 van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003 wordt aangevuld met een § 3, luidend als volgt :

« § 3. In afwijking van § 1 wordt de in § 1, lid 1, vermelde periode tot één schooljaar beperkt, als het om een personeelslid gaat dat in een bevorderingsambt vastbenoemd is.

HOOFDSTUK XVIII. — *Wijziging van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra*

Art. 61. Artikel 20, § 1, 1^o, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1^o één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezetenen onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5^o van hetzelfde paragraaf wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 5^o houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs dat overeenstemt met het te bekleden ambt, of in drie schooljaren een afwijking bepaald in artikel 20bis, leden 2 en 3, hebben verkregen voor het te bekleden ambt, voor zover er voldaan wordt aan volgende voorwaarden :

a) er zijn niet meer dan vijf schooljaren tussen de eerste en de derde afwijking;

b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt;

c) op de beoordelingsstaat betreffende de derde afwijking staat ten minste de vermelding « voldoende » als eindconclusie;

d) als het gaat om een lid van het bestuurs- of onderwijzend personeel, moet het houder zijn van een pedagogisch bekwaamheidsbewijs toegekend op basis van een opleiding waarvan de Regering de belangrijkste elementen aan de goedkeuring van het Parlement voorlegt. »

Hetzelfde paragraaf wordt met een derde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1^o, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetenen onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchtelingen of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 62. § 1. Artikel 20bis, lid 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 juni 2006 wordt de passus « artikel 20 » vervangen door « artikel 20, § 1, ».

§ 2. Hetzelfde artikel wordt aangevuld met drie leden, luidend als volgt :

« Voldoet geen kandidaat aan de in artikel 20, § 1, lid 1, 5^o, vermelde voorwaarde, dan kan de inrichtende macht - in afwijking van artikel 20 - een kandidaat tijdelijk aanwijzen dat noch houder is van een vereist bekwaamheidsbewijs noch van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van de groep A, zoals ze voor het te bekleden ambt bepaald zijn.

De inrichtende macht mag van de in artikel 20, § 1, lid 1, 5^o, vermelde voorwaarde afwijken, als het gaat om een personeelslid dat houder is van een bekwaamheidsbewijs dat een vereist bekwaamheidsbewijs of een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van de groep A zou zijn, indien het personeelslid over het pedagogisch bekwaamheidsbewijs in samenhang met het te bekleden ambt zou beschikken. Deze afwijkingmogelijkheid geldt voor een periode van drie opeenvolgende schooljaren, gerekend vanaf 1 september van het schooljaar van de eerste aanwijzing. Onverminderd het eerste lid mag deze afwijkingmogelijkheid bij de eerste aanwijzing van een personeelslid in het betrokken ambt niet worden toegepast, als kandidaten houders zijn van het vereiste bekwaamheidsbewijs.

Wordt een personeelslid krachtens lid 2 voor ten minste 15 weken aangewezen, dan zendt de inrichtende macht een schriftelijke verklaring aan het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap waaruit blijkt dat geen gekwalificeerd personeelslid werd gevonden dat aan alle voorwaarden voldoet om te worden aangewezen. »

Art. 63. In hoofdstuk III, afdeling 2, onderafdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 20ter ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 20ter. Beroepsprocedure

Behalve als artikel 20bis, lid 3, werd toegepast, kan een personeelslid dat de in artikel 20, § 1, lid 1, 5^o en 7^o, vermelde voorwaarden vervult en zich bij een inrichtende macht voor een betrekking in het betrokken ambt kandidaat heeft gesteld, een beroep indienen tegen de aanstelling voor een termijn van ten minste 15 werken van een ander personeelslid dat aan de bovenvermelde voorwaarden niet voldoet.

Het beroep wordt per aangetekende brief bij de inrichtende macht ingediend en bevat het bewijs dat de klager zich voor het betrokken ambt kandidaat heeft gesteld.

Als de inrichtende macht en de klager niet tot een minnelijke schikking komen, beschikt deze laatste over een termijn van 60 kalenderdagen om bij de Regering een beroep per aangetekende brief in te dienen. De termijn van 60 kalenderdagen begint op de dag waarop de klager werkelijk kennis heeft gekregen van de aanstelling en voor zover deze dag binnen het schooljaar van de aanstelling valt. Elk beroep buiten deze termijn is onontvankelijk.

Na ontvangst van het beroep nodigt de Regering onmiddellijk de inrichtende macht uit, de bestreden aanstelling schriftelijk te verantwoorden. De inrichtende macht beschikt over een termijn van twee weken om de Regering deze verantwoording te betekenen. Zij begint op de dag waarop het verzoek om verantwoording wordt gezonden, waarbij de stempel van de post als bewijs geldt. Levert de inrichtende macht deze verantwoording niet, dan verliest zij - vanaf de eerste dag van de maand volgend op het verstrijken van de termijn van 14 kalenderdagen - het recht op de weddetoelage ten gunste van het personeelslid tegen wiens aanstelling een beroep werd ingediend.

Na ontvangst van het antwoord van de betrokken inrichtende macht gaat de Regering na of de aanstelling overeenkomstig de bepalingen van voorliggend decreet gebeurde en of de reden waarom de klager niet werd aangesteld, geleverd is.

Komt de Regering tot de conclusie dat bovenvermelde bepalingen nageleefd werden en dat de aanstelling verantwoord is, worden de klager en de inrichtende macht onmiddellijk per aangetekende brief er op de hoogte van gesteld.

Komt de Regering tot de conclusie dat bovenvermelde bepalingen niet nageleefd werden en dat de aanstelling niet verantwoord is, dan verliest de inrichtende macht - vanaf de eerste dag van de maand volgend op de mededeling van de beslissing van de Regering - het recht op de weddetoelage ten gunste van het personeelslid wiens aanstelling onregelmatig is. Deze beslissing wordt per aangetekende brief aan de klager én aan de inrichtende macht medegedeeld.

Daar de aanstelling van een personeelslid dat de in artikel 20, § 1, lid 1, 5^o, vermelde voorwaarden niet vervult, tot het betrokken schooljaar beperkt is, vervalt elk beroep van rechtswege op 30 juni van dat schooljaar. ».

Art. 64. Artikel 22 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

1^o lid 1, 2^o, wordt vervangen als volgt :

« 2^o hij vervult de voorwaarden bepaald in artikel 33, lid 1, 5^o. »

2^o In lid 1, 3^o, wordt de passus « Het bevallingsverlof en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

3^o Lid 2 wordt vervangen als volgt :

« Als een kandidaat dienstdagen in een ander ambt van de betrokken categorie heeft gepresteerd waarvoor hij houder is van het vereiste bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van de groep A, dan worden deze dienstdagen bij de in lid 1, 3^o, vermelde dagen gevoegd die in aanmerking komen om de voorrang te verlenen, voor zover de kandidaat ten minste 360 dienstdagen telt in het ambt waarvoor hij zich kandidaat stelt. »

Art. 65. Artikel 36, lid 3, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 66. Artikel 37, lid 1, 1°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezetenen onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5° van hetzelfde lid wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 5° houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs dat overeenstemt met het te bekleden ambt, of in drie schooljaren een afwijking bepaald in artikel 20*bis*, leden 2 en 3, hebben verkregen voor het te bekleden ambt, voor zover er voldaan wordt aan volgende voorwaarden :

a) er zijn niet meer dan vijf schooljaren tussen de eerste en de derde afwijking;

b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt;

c) op de beoordelingsstaat betreffende de derde afwijking staat ten minste de vermelding « voldoende » als eindconclusie;

d) als het gaat om een lid van het bestuurs- of onderwijzend personeel, moet het houder zijn van een pedagogisch bekwaamheidsbewijs toegekend op basis van een opleiding waarvan de Regering de belangrijkste elementen aan de goedkeuring van het Parlement voorlegt. »

In punt 8° van hetzelfde lid, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006 wordt de passus « Het bevallingsverlof, de moederschapsbescherming en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

In hetzelfde artikel wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Als een vastbenoemd personeelslid dienstdagen in een ander ambt van de betrokken categorie heeft gepresteerd waarvoor hij houder is van het vereiste bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs, dan worden deze dienstdagen bij de in lid 1, 8°, vermelde dagen gevoegd die in aanmerking komen om de voorrang te verlenen, voor zover de kandidaat ten minste 360 dienstdagen telt in het ambt waarvoor hij zich kandidaat stelt. »

Hetzelfde artikel wordt met een derde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetenen onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 67. In hoofdstuk III, afdeling 3, van hetzelfde decreet wordt een artikel 37*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 37*bis*. Mogelijke benoeming op 55 jaar

Een personeelslid dat in de loop van het betrokken kalenderjaar ten minste 55 jaar oud is, kan op verzoek en mits toestemming van de Regering in een niet-vacante betrekking van een wervingsambt in vast verband worden benoemd, voor zover er aan de volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° het vervult alle vereiste voorwaarden op het tijdstip van de benoeming;

2° het dient, vóór 15 mei van het betrokken kalenderjaar, een dienovereenkomstig schriftelijk verzoek in bij de inrichtende macht;

3° het is sinds ten minste 1 september van het betrokken schooljaar in dienst;

4° het is tijdelijk aangewezen of voor een onvolledig leerplan vastbenoemd. »

Art. 68. In artikel 48, § 1, lid 1, 2°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 21 april 2008, wordt de passus « het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij » vervangen door « het voorbehoedend verlof, de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij, het verlof voor persoonlijke omstandigheden ».

Art. 69. In artikel 62 van hetzelfde decreet wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« De overeenkomstig artikel 69 geleverde diensten worden geacht te zijn gepresteerd in het gesubsidieerd officieel onderwijs in de zin van lid 1, 1°. »

Art. 70. In artikel 28, § 3, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 26 juni 2006 en in artikel 67, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden « in tweevoud » en « beide exemplaren » vervangen door « in drievoud » resp. « de drie exemplaren ».

Art. 71. Artikel 69, § 1, lid 2, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De diensten gepresteerd vóór de overneming door de in het eerste lid vermelde personeelsleden en de diensten gepresteerd door de personeelsleden die op 30 juni van het schooljaar eindigend in het kalenderjaar van de overneming, sinds ten minste drie maanden zijn aangesteld bij de overdragende inrichtende macht in de betrokken onderwijsinrichting worden bij de berekening van de dienstanciënniteit in aanmerking genomen, alsof ze gepresteerd zouden zijn in de overnemende inrichtende macht ».

Art. 72. Artikel 77, lid 1, 1°, littera a), van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« a) één van de voorwaarden vermeld in artikel 20, § 1, 1°, voor de tijdelijk aangewezen personeelsleden of in artikel 37, lid 1, 1°, voor de vastbenoemde personeelsleden; ».

Art. 73. In hoofdstuk XIV van hetzelfde decreet wordt een artikel 111*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 111*bis*. Overgangsregeling

Afwijkingen inzake diploma die personeelsleden in de schooljaren 2006-2007 en/of 2007-2008 krachtens de toen geldige afwijkingsbepalingen werden verleend, worden als afwijkingen in de zin van artikel 20*bis* beschouwd. De betrokken personeelsleden hoeven niet het in artikel 20, § 1, lid 1, 5°, vermeld pedagogisch bekwaamheidsbewijs te verkrijgen. »

HOOFDSTUK XIX. — *Wijziging van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs*

Art. 74. Artikel 25, § 2, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 2. Om de in § 1 vermelde afwijking te kunnen genieten, zendt de inrichtende macht een schriftelijke verklaring aan het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap waaruit blijkt dat geen gekwalificeerd personeelslid werd gevonden dat aan alle voorwaarden voldoet om te worden aangesteld. »

HOOFDSTUK XX. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool*

Art. 75. Artikel 5.15, § 1, lid 1, 1°, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezetener onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5° van hetzelfde lid wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 5° houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs dat overeenstemt met het te bekleden ambt, of in drie schooljaren een afwijking bepaald in artikel 5.18, leden 2 en 3, hebben verkregen voor het te bekleden ambt, voor zover er voldaan wordt aan volgende voorwaarden :

a) er zijn niet meer dan vijf schooljaren tussen de eerste en de derde afwijking;

b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt;

c) op de beoordelingsstaat betreffende de derde afwijking staat ten minste de vermelding « voldoende » als eindconclusie;

d) als het gaat om een lid van het bestuurs- of onderwijzend personeel, moet het houder zijn van een pedagogisch bekwaamheidsbewijs toegekend op basis van een opleiding waarvan de Regering de belangrijkste elementen aan de goedkeuring van het Parlement voorlegt. »

Hetzelfde paragraaf wordt met een derde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetener onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 76. In artikel 5.17, lid 1, 2°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt de passus « Het bevallingsverlof en het voorbehoedend verlof » vervangen door de passus « Het bevallingsverlof, het voorbehoedend verlof en de periode tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte ».

Art. 77. Artikel 5.18 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 5.18. Afwijkingsbepaling

In afwijking van artikel 5.15, § 1, lid 1, 5°, kan de inrichtende macht tussen een kandidaat die bij zijn laatste beoordelingsstaat resp. beide laatste evaluatieverslagen de vermelding « onvoldoende » heeft gekregen, en een andere kandidaat kiezen, ongeacht deze houder is of niet van het vereiste bekwaamheidsbewijs.

Voldoet geen kandidaat aan de in artikel 5.15, § 1, lid 1, 5°, vermelde voorwaarde, dan kan de inrichtende macht, in afwijking van artikel 5.15, een kandidaat tijdelijk aanstellen dat noch houder is van een vereist bekwaamheidsbewijs noch van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van de groep A, zoals ze voor het te bekleden ambt bepaald zijn.

De inrichtende macht mag van de in artikel 5.15, § 1, lid 1, 5°, vermelde voorwaarde afwijken, als het gaat om een personeelslid dat houder is van een bekwaamheidsbewijs dat een vereist bekwaamheidsbewijs of een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs van de groep A zou zijn, indien het personeelslid over het pedagogisch bekwaamheidsbewijs in samenhang met het te bekleden ambt zou beschikken. Deze afwijkingsmogelijkheid geldt voor een periode van drie opeenvolgende schooljaren, gerekend vanaf 1 september van het schooljaar van de eerste aanwijzing. Onverminderd lid 1, mag deze afwijkingsmogelijkheid bij de eerste aanwijzing van een personeelslid in het betrokken ambt niet worden toegepast, als kandidaten houders zijn van het vereiste bekwaamheidsbewijs.

Wordt een personeelslid krachtens lid 2 voor ten minste 15 weken aangewezen, dan zendt de inrichtende macht een schriftelijke verklaring aan het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap waaruit blijkt dat geen gekwalificeerd personeelslid werd gevonden dat aan alle voorwaarden voldoet om te worden aangewezen. »

Art. 78. In titel V, ondertitel 3, hoofdstuk 2, afdeling 2, van hetzelfde decreet wordt een artikel 5.18*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 5.18*bis*. Beroepsprocedure

Behalve als artikel 5.18, lid 3, werd toegepast, kan een personeelslid dat de in artikel 5.15, § 1, lid 1, 5° en 7°, vermelde voorwaarden vervult en zich bij een inrichtende macht voor een betrekking in het betrokken ambt kandidaat heeft gesteld, een beroep indienen tegen de aanstelling voor een termijn van ten minste 15 werken van een ander personeelslid dat aan de bovenvermelde voorwaarden niet voldoet.

Het beroep wordt per aangetekende brief bij de inrichtende macht ingediend en bevat het bewijs dat de klager zich voor het betrokken ambt kandidaat heeft gesteld.

Als de inrichtende macht en de klager niet tot een minnelijke schikking komen, beschikt deze laatste over een termijn van 60 kalenderdagen om bij de Regering een beroep per aangetekende brief in te dienen. De termijn van 60 kalenderdagen begint op de dag waarop de klager werkelijk kennis heeft gekregen van de aanstelling en voor zover deze dag binnen het schooljaar van de aanstelling valt. Elk beroep buiten deze termijn is onontvankelijk.

Na ontvangst van het beroep nodigt de Regering onmiddellijk de inrichtende macht uit, de bestreden aanstelling schriftelijk te verantwoorden. De inrichtende macht beschikt over een termijn van 14 kalenderdagen om de Regering deze verantwoording te betekenen. Zij begint op de dag waarop het verzoek om verantwoording wordt gezonden, waarbij de stempel van de post als bewijs geldt. Levert de inrichtende macht deze verantwoording niet, dan verliest zij - vanaf de eerste dag van de maand volgend op het verstrijken van de termijn van 14 kalenderdagen - het recht op de weddetoelage ten gunste van het personeelslid tegen wiens aanstelling een beroep werd ingediend.

Na ontvangst van het antwoord van de betrokken inrichtende macht gaat de Regering na of de aanstelling overeenkomstig de bepalingen van voorliggend decreet gebeurde en of de reden waarom de klager niet werd aangesteld, geleverd is.

Komt de Regering tot de conclusie dat bovenvermelde bepalingen nageleefd werden en dat de aanstelling verantwoord is, worden de klager en de inrichtende macht onmiddellijk per aangetekende brief er op de hoogte van gesteld.

Komt de Regering tot de conclusie dat bovenvermelde bepalingen niet nageleefd werden en dat de aanstelling niet verantwoord is, dan verliest de inrichtende macht - vanaf de eerste dag van de maand volgend op de mededeling van de beslissing van de Regering - het recht op de weddetoelage ten gunste van het personeelslid wiens aanstelling onregelmatig is. Deze beslissing wordt per aangetekende brief aan de klager én aan de inrichtende macht medegedeeld.

Daar de aanstelling van een personeelslid dat de in artikel 5.15, § 1, lid 1, 5°, vermelde voorwaarden niet vervult, tot het betrokken schooljaar beperkt is, vervalt elk beroep van rechtswege op 30 juni van dat schooljaar. »

Art. 79. Artikel 5.22 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 26 juni 2006 en 21 april 2008, wordt gewijzigd als volgt :

1° in § 2, lid 1, wordt het woord « voldoende » vervangen door de woorden « "niet tevredenstellend", "voldoende" »

2° § 2 wordt met een vijfde lid aangevuld, luidende :

« Het model van de beoordelingsstaat wordt door de Regering vastgelegd. »

3° In § 3 worden de woorden « in tweevoud » en « beide exemplaren » vervangen door « in drievoud » resp. « de drie exemplaren ».

4° In § 4, lid 1, worden de woorden « of "voldoende" » vervangen door de woorden « , "niet tevredenstellend" of "voldoende" ».

Art. 80. Artikel 5.31, lid 1, 1°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° één van de volgende voorwaarden vervullen :

a) burger van de Europese Unie of familielid van een Unieburger zijn in de zin van artikel 4, § 2, van de wet van 22 juni 1964 betreffende het statuut der personeelsleden van het Rijksonderwijs; de Regering kan een afwijking toestaan;

b) de status van langdurig ingezet en onderdaan van een derde land hebben krachtens de bepalingen van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;

c) de status van vluchteling of de subsidiaire beschermingsstatus hebben krachtens de bepalingen van dezelfde wet van 15 december 1980;

d) de verblijfstitel met toepassing van de artikelen 61/2 tot 61/5 van dezelfde wet van 15 december 1980 hebben; ».

Punt 5° van hetzelfde lid wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 5° houder zijn van een vereist bekwaamheidsbewijs of van een voldoende geacht bekwaamheidsbewijs dat overeenstemt met het te bekleden ambt, of in drie schooljaren een afwijking bepaald in artikel 5.18, leden 2 en 3, hebben verkregen voor het te bekleden ambt, voor zover er voldaan wordt aan volgende voorwaarden :

a) er zijn niet meer dan vijf schooljaren tussen de eerste en de derde afwijking;

b) elke van de drie afwijkingen dekt een periode van ten minste 15 weken die, wat de derde afwijking betreft, ten laatste op 30 april eindigt;

c) op de beoordelingsstaat betreffende de derde afwijking staat ten minste de vermelding « voldoende » als eindconclusie;

d) als het gaat om een lid van het bestuurs- of onderwijzend personeel, moet het houder zijn van een pedagogisch bekwaamheidsbewijs toegekend op basis van een opleiding waarvan de Regering de belangrijkste elementen aan de goedkeuring van het Parlement voorlegt. »

Hetzelfde artikel wordt met een derde lid aangevuld, luidend als volgt :

« Lid 1, 1°, littera b) tot d), dient tot de omzetting van de Richtlijn 2003/109/EG van de Raad van 25 november 2003 betreffende de status van langdurig ingezetenen onderdanen van derde landen, van de Richtlijn 2004/81/EG van de Raad van 29 april 2004 betreffende de verblijfstitel die in ruil voor samenwerking met de bevoegde autoriteiten wordt afgegeven aan onderdanen van derde landen die het slachtoffer zijn van mensenhandel of hulp hebben gekregen bij illegale immigratie en van de Richtlijn 2004/83/EG van de Raad van 29 april 2004 inzake minimumnormen voor de erkenning van onderdanen van derde landen en staatlozen als vluchteling of als persoon die anderszins internationale bescherming behoeft, en de inhoud van de verleende bescherming ».

Art. 81. In titel V, ondertitel 3, hoofdstuk 3, van hetzelfde decreet wordt een artikel 5.31bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 5.31bis. Mogelijke benoeming op 55 jaar

Een personeelslid dat in de loop van het betrokken kalenderjaar ten minste 55 jaar oud is, kan op verzoek en mits toestemming van de Regering in een niet-vacante betrekking van een wervingsambt in vast verband worden benoemd, voor zover er aan de volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° het vervult alle vereiste voorwaarden op het tijdstip van de benoeming;

2° het dient, vóór 15 mei van het betrokken kalenderjaar, een dienovereenkomstig schriftelijk verzoek in bij de inrichtende macht;

3° het is sinds ten minste 1 september van het betrokken schooljaar in dienst;

4° het is tijdelijk aangewezen of voor een onvolledig leerplan vastbenoemd. »

Art. 82. In artikel 5.38, § 1, lid 1, 2°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 21 april 2008, wordt de passus « het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij » vervangen door « het voorbehoedend verlof, tijdens welke het personeelslid van elk werk wordt vrijgesteld in het kader van de moederschapsbescherming of van de bedreiging door een beroepsziekte, het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij, het verlof voor persoonlijke omstandigheden ».

Art. 83. Artikel 5.51, lid 1, 1°, littera a), van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« a) één van de voorwaarden vermeld in artikel 5.15, § 1, lid 1, 1°, voor de tijdelijk aangewezen personeelsleden of in artikel 5.31, lid 1, 1°, voor de vastbenoemde personeelsleden; »

Art. 84. In de artikelen 5.41, § 1, 5.88, § 2, en 5.102, § 2, van hetzelfde decreet worden de woorden « in tweevoud » en « beide exemplaren » vervangen door « in drievoud » resp. « de drie exemplaren ».

Art. 85. In de artikelen 5.88, § 1, lid 3, en 5.102, § 1, lid 3, van hetzelfde decreet worden de woorden « niet tevredenstellend, » ingevoegd tussen de woorden « "onvoldoende", » en « "voldoende" ».

HOOFDSTUK XXI. — *Wijziging van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs - 2005*

Art. 86. In artikel 33 van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs - 2005 wordt een derde lid ingevoegd, luidende :

« In afwijking van lid 2 kan het verlof eveneens voor een kortere termijn dan één maand worden toegekend, waarbij deze termijn als volledige maand wordt beschouwd om de ter beschikking staande drie maanden te bepalen. »

HOOFDSTUK XXII. — *Wijziging van het decreet van 25 juni 2007 houdende maatregelen inzake onderwijs 2007*

Art. 87. In het decreet van 25 juni 2007 houdende maatregelen inzake onderwijs 2007 wordt een hoofdstuk XXXbis ingevoegd dat artikel 85bis bevat, luidende :

« HOOFDSTUK XXXbis. — *Beperking van de vaste benoemingen bij de muziekkadademie van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 85bis. Voorliggend hoofdstuk is van toepassing op de muziekkadademie van de Duitstalige Gemeenschap.

Het percentage aan vaste benoemingen bij de muziekkadademie mag in het schooljaar 2008-2009 ten hoogste 85 % van het betrekkingenpakket uitmaken. »

HOOFDSTUK XXIII. — *Opheffingsbepalingen*

Art. 88. Artikel 16, § 1, A, a), laatste lid van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs, ingevoegd bij het decreet van 6 juni 2005, wordt opgeheven.

Art. 89. In artikel 3, § 2, van de wet van 1 april 1960 betreffende de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de psycho-medisch-sociale centra, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 467 van 1 oktober 1986, worden beide laatste leden opgeheven.

In artikel 4, § 2, van dezelfde wet, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 467 van 1 oktober 1986 worden beide laatste leden opgeheven.

Art. 90. Artikel 3 van het koninklijk besluit van 17 maart 1967 tot vaststelling van de bevoegdheidsbewijzen die voldoende geacht werden voor de leden van het personeel der vrije inrichtingen voor middelbaar en normaalonderwijs wordt opgeheven.

Art. 91. Het koninklijk besluit van 31 juli 1969 tot vaststelling van de regels betreffende de samenstelling van de bevorderingscommissies bedoeld in het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 28 juni 1972, wordt opgeheven.

Art. 92. De artikelen 2, § 2, en 5 van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs, artikel 6 van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 14 juni 1985 en bij het decreet van 17 mei 2004, alsmede artikel 11, lid 2, van hetzelfde koninklijk besluit, worden opgeheven.

Art. 93. Artikel 5 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar, artikel 6 van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 17 september 1976 en bij de besluiten van de Regering van 6 februari 1991 en 21 mei 1996, alsmede artikel 11, lid 2, van hetzelfde koninklijk besluit, worden opgeheven.

Art. 94. Artikel 5 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs georganiseerd in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor normaalonderwijs, artikel 6 van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 17 september 1976 en bij het besluit van de Regering van 6 februari 1991, alsmede artikel 11, lid 2, van hetzelfde koninklijk besluit, worden opgeheven.

Art. 95. Artikel 5 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs georganiseerd in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor normaalonderwijs, artikel 6 van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 17 september 1976 en bij het besluit van de Regering van 6 februari 1991, alsmede artikel 11, lid 2, van hetzelfde koninklijk besluit, worden opgeheven.

Art. 96. Het ministerieel besluit van 6 november 2006 houdende benoeming van de leden van de commissie belast met het uitbrengen van adviezen inzake de werving van houders van voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen andere dan die van groep A wordt opgeheven.

Art. 97. De artikelen 31 en 32 van het decreet van 25 juni 2007 houdende maatregelen inzake onderwijs 2007 worden geschorst tot een datum te bepalen door de Regering.

HOOFDSTUK XXIV. — *Inwerkingtreding*

Art. 98. Artikel 88 heeft uitwerking op 1 september 2004.

Artikel 43 heeft uitwerking op 1 september 2005.

De artikelen 17, 18, 25, 38, 54, 55, 70, 79, 84 en 85 hebben uitwerking op 1 september 2007.

De artikelen 2, 3, 4, 6, leden 1, 2 en 4, de artikelen 16, 19, 20, 22, leden 1, 2 en 4, de artikelen 27, 28, 29, 30, 31, 33, 35, leden 1, 2 et 4, de artikelen 41, 42, 46, 47, 48, 49, 1° et 3°, artikel 50, leden 1, 2 en 5, de artikelen 53, 56, 57, 59, 61, 62, 63, 64, 1° en 3°, artikel 66, leden 1, 2 et 5, alsmede de artikelen 72, 73, 74, 75, 77, 78, 80, 83, 90, 92, 93, 94, 95 en 96 hebben uitwerking op 1 april 2008.

Artikel 86 heeft uitwerking op 1 januari 2008.

De artikelen 7, 23, 36, 51, 67 en 81 hebben uitwerking op 1 mei 2008.

De artikelen 11, 13, 60, 69 en 71 hebben uitwerking op 1 juni 2008.

De artikelen 45 en 56 treden in werking op 1 juli 2008.

De artikelen 5 en 6, lid 3, de artikelen 8, 9, 10, 12, 14, 15, 21 en 22, lid 3, de artikelen 24, 26, 32, 34 en 35, lid 3, de artikelen 37, 39, 40, 44 en 49, 2°, artikel 50, lid 3, de artikelen 52 en 64, 2°, artikel 66, lid 3, de artikelen 68, 76, 82, 87, 89 en 91 alsmede artikel 97 treden in werking op 1 september 2008.

De artikelen 50, lid 3, 65 en 66, lid 4, treden in werking op 1 januari 2009.

Artikel 1 treedt in werking op 1 september 2009.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 23 juni 2008.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

—
Nota

(1) *Zitting 2007-2008.*

Parlementaire stukken. — Ontwerp van decreet, 129 - Nr. 1. — Voorstellen tot wijziging, 129 - Nrs. 2-4. — Verslag, 129 - Nr. 5. — Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst, 129 - Nrs. 6-7.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Zitting van 23 juni 2008.

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2008 — 3593

[C - 2008/33081]

3. JUNI 2008 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes vom 26. Juni 1986 zur Regelung der Zulassung der Familien- und Seniorenhilfsdienste, der Bewilligung von Zuschüssen an diese Dienste und des Beitrags des Hilfeleistungsempfängers, abgeändert durch die Dekrete vom 9. Juni 1987, 21. Dezember 1987, 1. März 1988, 25. Juni 1991, 23. Oktober 2000, 7. Januar 2002, 18. März 2002 und vom 3. Februar 2003;

Auf Grund des Dekretes vom 9. Mai 1988 zur Schaffung eines Kinderhilfsfonds zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des Nationalen Kinderhilfswerks, sowie zur Regelung der Betreuung von Kindern bis zu 12 Jahren, abgeändert durch die Dekrete vom 7. Mai 1990, 21. Januar 1991, 7. Januar 2001, 3. Februar 2003, 20. Februar 2006 und vom 25. Juni 2007;

Auf Grund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, abgeändert durch das Dekret, 29. Juni 1998, 23. Oktober 2000, 7. Januar 2001, 18. März 2002, 3. Februar 2003, 16. Dezember 2003, 17. Mai 2004, 20. Februar 2006 und vom 25. Juni 2007;

Auf Grund des Dekretes über die Jugendhilfe vom 20. März 1995, abgeändert durch die Dekrete vom 4. März 1996, 20. Mai 1997, 23. Oktober 2000, 3. Februar 2003, 1. März 2004 und vom 25. Juni 2007;

Auf Grund des Dekretes vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung, abgeändert durch die Dekrete vom 21. März 2005 und vom 25. Juni 2007;

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 20. März 1975 betreffend die Anerkennung der Dienste für geistige Gesundheit und der Zuschussvergabe zu ihren Gunsten, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 2. August 1976, 31. März 1977, 8. März 1978 und 18. Dezember 1978, den Erlass der Exekutive vom 9. Mai 1990 und durch die Erlasse der Regierung vom 20. Dezember 1995, 18. Dezember 1997, 30. November 1998, 9. Februar 1999, 22. Juni 2001, 18. März 2002, 28. März 2002 und vom 17. Dezember 2002;

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 4. August 1969 zur Gewährung eines Gehaltszuschusses an das ärztliche Personal der anerkannten Teams für die ärztliche Untersuchung in den Schulen, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 24. Oktober 1969, 9. November 1971, 3. Juli 1972 und durch den Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 21. April 1999 zur Anerkennung und Bezuschussung der Zentren zur Koordination der häuslichen Versorgung, abgeändert durch den Erlass vom 22. Juni 2001 und vom 22. Oktober 2003;

Auf Grund des Rahmenabkommens 2006-2009 vom 7. Juli 2006 für den nicht kommerziellen Sektor in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 11. April 2008;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 17. April 2008;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung vom 6. Mai 2008;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund der Dringlichkeit;